

NACHRICHTEN

Bei der zweiten internationalen Frauenkonferenz kamen 700 Teilnehmer*innen zusammen.

3

PROJEKTE

In Berlin wird eine Protestoper gegen Wohnungspekulation und Gentrifizierung aufgeführt.

5

GENOSSENSCHAFTEN

Gut 500 Menschen können mitten in Zürich so leben, dass ihnen ein Planet genügt.

7

BIOTONNE

Aktivist*innen haben das geplante Baugelände einer neuen VW-Fabrik in Wolfsburg besetzt.

13



▲ Konzertblockade der Lebenslaute vor Rheinmetall in Untertürkheim (2020)

Foto: Lebenslaute

Ziviler Ungehorsam

Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegungen sowie Antimilitarist*innen weltweit nutzen zunehmend radikalere Mittel des Widerstands. Mit bewährten und neuen Formen Zivilen Ungehorsams versuchen sie, aufzurütteln.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Während die Vereinten Nationen in Ägypten ohne nennenswertes Ergebnis über mehr Klimaschutz debattierten, droht Klima-Aktivist*innen im Dorf Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier, das den RWE-Baggern weichen soll, weiterhin die Räumung. Damit, so die Besetzer*innen, gerät die im Pariser Abkommen der Vereinten Nationen beschlossene 1,5-Grad-Grenze für die Erwärmung des Planeten in Gefahr. Darum stellen sich dort Menschen jeden Alters und unterschiedlichster Herkunft dem weiteren Braunkohle-Abbau in den Weg (siehe auch Beitrag unten).

Mit Straßenblockaden in vielen Städten protestieren Aktivist*innen

der Bewegungen »Extinction Rebellion« und »Letzte Generation« gegen die fortgesetzte Ignoranz der Entscheidungsträger*innen gegenüber der Gefahr, dass die Menschheit das Leben auf der Erde vernichtet. »There is no Planet B« steht auf ihren Plakaten und Bannern. »Fridays for Future« verlangt ein 100 Milliarden schweres Sondervermögen für's Klima, eine sofortige und gerechte Energiewende, den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und Null-Euro-Tickets für dessen Nutzung. Unterstützt werden die Aktivist*innen auch von bedeutenden Teilen der Wissenschaft. So belegen Studien unter anderem vom Wuppertal-Institut, vom DIW und von Prognos die Dringlichkeit und Machbarkeit

drastischer Klimaschutz-Maßnahmen ohne weitere Verzögerung. »Es bewegt mich sehr, dass es in Indonesien ganz normal ist, dass jährlich Millionen Menschen umgesiedelt werden – wegen der Klimakrise, die von Ländern des Globalen Nordens verschuldet ist«, erklärte der Geowissenschaftler Basti von »Extinction Rebellion« vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten. Sein Plädoyer auf Freispruch nach seiner Anklage ans Verkehrsministerium wurde abgelehnt.

Wie in den meisten vergleichbaren Fällen sah das Gericht keinen »rechtfertigenden Notstand« (siehe Seite 3 und Seite 8). Doch hin und wieder gibt es bereits Gerichtsurteile, die den Zivilen Ungehorsam zugunsten über-

geordneter Werte als erlaubtes Mittel in einer Notsituation anerkennen. So erfuhren es drei Angeklagte der »Lebenslaute« in Rheydt/Mönchengladbach, die ihren »Hausfriedensbruch« mit dem lebensgefährdenden Klimanotstand rechtfertigten. Der Richter argumentierte am 14. März 2022: Wer so tief wie RWE ins Eigentum anderer eingreife, müsse im Zuge einer Grundrechtsabwägung den zeitlich begrenzten Hausfriedensbruch der Aktion von »Lebenslaute« hinnehmen. Allerdings kann dieses Urteil in der Folgeinstanz noch aufgehoben werden. Andererseits verschärfte die bayrische Polizei ihr Vorgehen gegen Aktivist*innen der »Letzten Generation« gravierend, indem sie

zwölf Menschen, die in München den Verkehr blockiert hatten, im November ohne Prozess in »Präventivhaft« nahm. Diese kann laut dem bayrischen Polizeiaufgabengesetz bis zu zwei Monate dauern. Das ist allerdings eher mild verglichen mit der Repression gegen Frauen im Iran, die zivil ungehorsam ihr Kopftuch »nicht vorschriftsmäßig« tragen. Ziviler Ungehorsam führt unter dem Mullah-Regime in Teheran sogar oft zum Tod. Ein Artikel dazu, der für diesen Schwerpunkt vorgesehen war, hat uns leider nicht rechtzeitig erreicht. Wir werden ihn in der Januar-Ausgabe veröffentlichen.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

KLIMAGERECHTIGKEIT ZUR HAUPTSENDEZEIT

Wetten, dass Lützerath bleibt?!

Ein Kandidat aus Lützerath wird Wettkönig bei Europas größter Fernsehshow. Mit dem Preisgeld will er eine Genossenschaft unterstützen, die Grundstücke kauft, bevor RWE sie abbaggern kann.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Der in Lützerath lebende Aktivist Marten Reiß gewann am 19. November seine Wette in der diesjährigen »Wetten, dass...?«-Show. Er setzte den sogenannten »Kreuzblick« ein, um ein Suchbild mit über 1.000

Fingerabdrücken zu lösen, von denen einer willkürlich ausgetauscht worden war. Mit dieser Technik, die er »Stereoskopie« nennt, überzeugte er die TV-Zuschauer*innen, die ihn zum Wettkönig wählten. Das dazugehörige Preisgeld von 50.000 Euro wird laut Reiß in Projekte in und um Lützerath fließen. Laut WDR will er damit eine Genossenschaft unterstützen, »die sich zum Ziel gesetzt hat, Grundstücke zu kaufen, bevor RWE sie abbaggern kann«.

»Ich freue mich, in der Show dabei gewesen zu sein und besonders über

das Preisgeld, das ich mit nach Lützerath bringen kann. Eigentlich müsste im Fernsehen jedoch gerade zur besten Sendezeit ein anderes Thema viel mehr Aufmerksamkeit bekommen«, sagte Marten Reiß. »Die Klimakrise und ihre gravierenden Folgen, die schon heute Regionen unbewohnbar machen. Und Lösungsansätze, wie ein solidarisches Zusammenleben jenseits des Kapitalismus aussehen kann – wie wir es in Lützerath ausprobieren.«

Eckhart Heukamp, der letzte Landwirt aus Lützerath, begleitete Marten Reiß ins Studio. »Es war toll, Lützerath auf

so großer Bühne vertreten zu sehen. Politik und RWE wollen mein Zuhause zerstören, Marten hat ganz klar gezeigt: Lützerath lebt!«

Und Mara Sauer von der Initiative »Lützerath lebt« kommentierte die TV-Show so: »Während wir im Studio saßen, wurden in Ägypten auf der Weltklimakonferenz wieder leere Worte ausgetauscht, statt endlich Verantwortung für die Klimakrise zu übernehmen. Während wir im Studio waren, hat die Türkei angefangen, die Kurd*innen in Rojava zu bombardieren (siehe Seite 8). Während wir im

Studio waren, lief die Demonstration in Dortmund für Mouhamed Lamine Dramé, der dort von der Polizei ermordet wurde (siehe Seite 3). Es gibt zur Primetime viel zu wenig Berichterstattung über solche wichtigen Themen und viel zu viele sexistische Sprüche von Moderator*innen wie Gottschalk und Hunziker.«

Jeden Sonntag werden geführte Dorfspaziergänge angeboten. Am Samstag, 10. Dezember, wird in Lützerath ein Wintermarkt stattfinden.

Link: <https://luetzerathlebt.info>

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN INTERNATIONALE FRAUENKONFERENZ	SEITE 3	SCHWERPUNKT GRUNDSÄTZE UND GESCHICHTE DES ZIVILEN UNGEHORSAMS	SEITE 9
PROJEKTE RADELN OHNE ALTER AG BERATUNG	SEITE 4	LEBENS LAUTE 40 JAHRE GORLEBEN	SEITE 10
PROJEKTE PROTESTOPER, BERLIN	SEITE 5		SEITE 11
BEWEGUNG (ANTI-)POLITIK IM ANARCHISMUS	SEITE 6	PERSÖNLICHER ERFAHRUNGSBERICHT	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN KLIMAGENOSSENSCHAFT, ZÜRICH	SEITE 7	INTERVIEW »LETZTE GENERATION«	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND ANGRIFFE AUF NORDOSTSYRIEN RECHSTICKER	SEITE 8	BIOTONNE STOP TRINITY, WOLFSBURG	SEITE 14
		KUNST & KULTUR JVA-SANGHA	SEITE 15
		REZENSIONEN DER NONKONFORMISTISCHE INTELLEKTUELLE DER NEUE FISCH IN MIR STRATEGIEN FÜR TRANSFORMATION PHILOSOPHIE DER SORGE DIE KONTUREN DER WELT	SEITE 16
		TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contrastE abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2023

Liebe Leser*innen,

die iranische Aufstandsbewegung gegen das Mullah-Regime bewegt viele Menschen weltweit. Ihre Losung »Jin, Jiyan, Azadi«, übersetzt »Frau, Leben, Freiheit«, ist in aller Munde und hat es inzwischen sogar als Sympathiebekundung in die Reihen der CDU geschafft. Erstmals gerufen wurde die Parole von kurdischen Frauen in Istanbul beim Weltfrauentag am 8. März 2006. Übernommen wurde sie unter anderem von den nordsyrischen Miliz-Frauen der YPJ im Widerstand gegen den IS, später gegen die völkerrechtswidrigen türkischen Besetzungen in Rojava. Im Iran riefen kurdische Frauen sie von Anfang an bei den Demonstrationen wegen des gewaltsamen Todes von Mahsa Amini; schließlich wurde

der Ruf zur zentralen Losung der gesamten Widerstandsbewegung dort.

Die CDU versucht, den Ruf der widerständigen Bewegung zu instrumentalisieren und meint zwischen den Zeilen, dass statt religiöser Diktatur doch die indirekte Herrschaft des Neoliberalismus eine Alternative sei. Hier kann zwar – meist wirkungslos – in weitgehender Rede- und Pressefreiheit alles Mögliche gesagt und gefordert werden. Die Wirtschaftsfreiheit lässt dagegen systemisch die Millionäre – ob Mann, ob Frau – stets noch reicher und mächtiger werden.

Unsere CONTRASTE steht für die eigentliche kurdische Losung, für eine Befreiung vom Patriarchat, für ein Miteinander im »Demokratischen Föderalismus«, für die Emanzipation von aller Herrschaft, für Selbstermächtigung und Selbstorganisation.

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

ZUM JAHRESENDE

VON ULI FRANK

Neulich im Bett vor einem Zahnarztbesuch hatte ich das Bedürfnis, auf mein Leben zurückzublicken.

1965 nahm ich zum ersten Mal an einer Demo teil: in Berlin vom Bahnhof Zoo zum Wittenbergplatz. Auf der Abschlusskundgebung sprachen Rudolf Augstein vom »Spiegel« und Henry Nannen vom »Stern«. Es ging um unser dreigliedriges deutsches Schulsystem, das schon damals anachronistisch war. Die Redner wollten nur ein moderneres Bildungswesen zur Förderung des technischen Nachwuchses. Aber die traditionelle Mittelschicht möchte ihre Privilegien nicht verlieren, da hält sich die Politik lieber zurück.

1998 erwartete ich als erste Maßnahme der rot-grünen Koalition eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Autobahn – aber das könnte dem Autoindustrie-Standort Deutschland schaden.

Zum 1. Januar 2023 soll »Hartz4« vom »Bürgergeld« abgelöst werden – immerhin etwas weniger Kontrollen, Sanktionen und mehr Schonvermögen. Aber selbst das ist schon zu viel für die CDU, die den Gesetzentwurf im Bundesrat blockierte und als »bedingungsloses Grundeinkommen« diskreditierte.

Ich denke an die vielen technischen Pannen, die ich verfolgen musste; daran, dass fast alle

größeren Vorhaben erheblich länger dauerten und viel teurer wurden, an die maroden Autobahnbrücken, ausfallende Züge und den XXL-Fahrradweg Ruhrgebiet, über den schon seit 20 Jahren vor allem geredet wird. An die vielen Wahlversprechen, die regelmäßig in Vergessenheit gerieten.

Unser Kapitalismus ist ein durch und durch opportunistisches System und hat keine eigenen ethischen Kriterien. Die müssten ihm von außen beigebracht werden, aber auch das schafft unser moderner Staat nicht (mehr). Diese Handlungsunfähigkeit bzw. Kapitulation vor der Ökonomie und dem bürgerlichen Individualismus untergräbt zunehmend unsere Zukunftsperspektiven.

Der Straßenverstand kann es kaum fassen, dass die Politik, die einen so aufdringlichen Kult um sich macht, mit Parteiprogrammen und Wahlen und Bundestagsdebatten und ständiger Medienpräsenz, so unglaublich handlungsunfähig ist. Unsere Jugend, die für eine nachhaltige Zukunft kämpft, beginnt sich aus Frust über die Unbeweglichkeit des politischen Systems zu »radikalisieren«, und allgemein wird die »Politikverdrossenheit« beklagt. Der Westen mit seiner angemaßten moralischen Überlegenheit gerät immer mehr ins Trudeln: ein System im Niedergang ...

Im Gegensatz dazu gibt es im Osten vielleicht Neues, mehr dazu im Januar.

Unsere Geschenkidee

Liebe Leser*innen,

zum Ende des Jahres suchen viele Menschen einfallsreiche Geschenkideen (Stichwort: Weihnachten). Vor allem diejenigen, die nicht noch zusätzlich die Produktions- und Konsummaschine anfachen wollen, wissen oft nicht, womit sie ihren Lieben eine Freude machen können – vor allem wenn das Geld in Zeiten von Krise und Inflation nicht mehr so locker sitzt. Ein Gutschein für einen gemeinsamen Ausflug? Ein selbst gebackener Kuchen? Ein schönes Erinnerungsfoto?

Wir haben noch eine andere Idee für euch: Verschenkt doch ein CONTRASTE-Abo!

Die Vorteile: Sowohl das dreimonatige Schnupperabo (9 Euro) als auch das Jahresabo (45 Euro) enden automatisch. Wenn die beschenkte Person danach auch weiterhin Lust auf »Neues im Alten« hat, kann sie ein Folge-Abo abschließen. So werden die Ideen und Ansätze, über die wir in der CONTRASTE berichten, langsam aber stetig weiter in die Welt getragen. Gleichzeitig unterstützt ihr unser Zeitungsprojekt, das langfristig nur mit mehr Abonnent*innen überleben kann.

Online findet ihr unser Bestellformular unter: www.contraste.org/abo

Jin, Jiyan, Azadi

Um in diesem Sinne weiter publizistisch tätig zu sein, sind wir weiter auf Zuwendungen angewiesen. Wir brauchen in unserer »Aktion 2023« mindestens 8.000 Euro bis zum nächsten Herbst, um nicht ins Schlingern zu geraten. Vielleicht geht da doch noch was – trotz Inflation und finanziellen Engpässen. Unser Spendenaufruf liegt bei, auch zur weiteren Empfehlung.

Eingegangen sind diesmal 36 Euro. Vielen Dank. Bei den Abos war Stillstand, zwei Abos wurden in Kombiabos gewandelt. Aboverluste gab es eine Menge. Zwei Förderabos fielen weg, drei Abos wurden gekündigt, ein Geschenkabo wurde nicht verlängert, sechs sogenannte Knastabos liefen aus. Gespendet werden können Letztere unter freiabos.de.

Zuwendungen sind steuerlich absetzbar. Gerne würdigen wir unsere Spender*innen

durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contrastE.org.

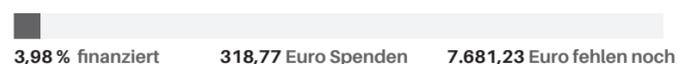
Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

B.Z.	7,00
L.C. & M.L.	8,00
H.S.	20,00
W.M.	1,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 4 UND 7 EXTERN FINANZIERT.

Spententicker »Aktion 2023«



Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **7.681,23 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

ZWEITE INTERNATIONALE FRAUENKONFERENZ, BERLIN

Ein kraftvolles Zusammenkommen von Frauen aus aller Welt



▲ 700 Teilnehmende aus fast 50 Ländern kamen zur zweiten internationalen Frauenkonferenz in Berlin zusammen.

Foto: Ceni — Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Angeführt von der kurdischen Frauenbewegung fand die zweite internationale Frauenkonferenz des Netzwerks »Women Weaving Future« (dt. »Frauen weben Zukunft«) am 5. und 6. November in Berlin statt. Auf der Konferenz sammelten sich 700 Teilnehmende aus fast 50 Ländern. Thematisch ging es um Perspektiven der Frauenbewegung und ihren Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus sowie die Notwendigkeit, eine antifaschistische Frauenfront aufzubauen.

CENI — KURDISCHES FRAUENBÜRO FÜR FRIEDEN

In ihrer Eröffnungsrede sprach Melike Yasar, Sprecherin der Diplomatie der kurdischen Frauenbewegung in Europa, über die Verletzung von Frauenrechten und den Freiheitskampf von Frauen in verschiedenen Ländern der Welt. Sie beendete ihre Rede mit dem Slogan »Jin – Jiyan – Azadî!« (dt. »Frauen – Leben – Freiheit!«) und sagte: »Dieser Slogan ist unsere Lebensphilosophie, unser Freiheitsversprechen, ein Geschenk der Frauen Kurdistans an die Freiheitsbewegungen auf der ganzen Welt – gegen das Patriarchat, gegen den Kapitalismus, gegen alle Formen des Faschismus.«

Moderiert von Meghan Bodette, Forschungsdirektorin des Kurdischen Instituts für Frieden in den USA, wurde in der ersten Sitzung am Samstag »der Dritte Weltkrieg und die Zerschlagung der Immunität des Staates und des dominanten Mannes« diskutiert, was im Zeitalter von Krieg, Besatzung, Klimakatastrophe und Pandemien an den revolutionären Frauenfronten weltweit passiert. Es ging um das hegemoniale System und wie es neue Methoden und Strategien entwickelt, um die grundlegenden Konflikte unserer Zeit zu verbergen und von ihnen abzulenken, während es seinen patriarchalen Krieg gegen Frauen und ihren Widerstand fortsetzt. Dagegen muss es eine alternative Widerstandslinie geben, fernab von liberalem Feminismus, der nur versucht, den Widerstand und Kampf von Frauen in das kapitalistisch-patriarchale System zu integrieren.

Nilüfer Koç, Mitglied des Kurdistan National Congress (KNK), und eine Repräsentantin von der Revolutionary Women's Association of Afghanistan (RAWA) haben in diesem Zuge

auch betont, wie der Widerstand von Frauen überall radikaler sein muss und mehr als nur ein Werkzeug zur Verbesserung des Systems (Rechte, Zugang zu Abtreibung, etc.). Vielmehr muss auf allen Ebenen der Gesellschaft und des Zusammenlebens gegen das Patriarchat gekämpft werden, das heißt von staatlicher und institutioneller Gewalt bis hin zur männlichen Dominanzmentalität.

Lolita Chavez von Feministas Abya Yala in Guatemala und Ariel Saleh, Soziologin und Ökofeministin aus Australien, sprachen in der Sektion »Ökozid: Abbau von Herrschaft, Enteignung, Unterdrückung: die Unterwerfung und Besiedlung der Natur und die rücksichtslose Aneignung und Ausbeutung von Ressourcen« darüber, wie sie sich den lebensbedrohlichen Praktiken multinationaler Konzerne und neuen Formen des Kolonialismus in verschiedenen Teilen der Welt widersetzen. Die Rednerinnen betonten, dass die ökologische Krise als drängendste globale Krise in die Agenda des 21. Jahrhunderts eingetreten ist und dass diese Krise insbesondere auch anhaltende Gewalt gegen Frauen hervorbringt. Die Podiumssprecherinnen riefen dazu auf, den Kampf gegen den Ökozid zu einem Grundprinzip des Kampfes gegen das patriarchale System zu machen.

Beim Panel »Unsichtbare Arbeit Sichtbar Machen: Das Überleben des Systems basiert auf der un- und unterbezahlten Arbeit von Frauen« wurde diskutiert, wie der auf dem Prinzip der Frauenemanzipation basierende Klassenkampf zu einem grundlegenden Faktor im Kampf gegen die Grundlagen kapitalistischer Ausbeutung werden kann.

Der erste Tag der Konferenz wurde nach den Panels mit Workshops fortgesetzt. Hier ging es unter anderem um den Kampf gegen erzwungene Migration und die Verteidigung des Rechts der Menschen, dort zu leben, wo sie wollen. Thema eines Workshops war der Gesundheitssektor als einer der Bereiche, in denen das Patriarchat durch Usurpation, absichtlicher Ignoranz und Aneignung weiblicher Schöpfungen dominiert. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang war, wie ein alternatives Verständnis von Gesundheit und eine alternative Medizinpraxis entwickelt werden

können, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren und nicht im Dienst des kapitalistischen Profits stehen. Die Workshops, die sich unter anderem auch mit Ökonomie und Ökologie befassten, diskutierten die Details des Ringens um ein alternatives Verständnis von Ökonomie, das die übermäßige Profitgier des Kapitalismus eindämmen kann. Wie Frauen den Kampf für Ökologie angehen und wie man einen ökologischen Kampf entwickelt, der soziale und geschlechtsspezifische Freiheit einschließt, wurden im Zusammenhang damit auch diskutiert. Auch die Bewahrung von Sprache und Kultur, die Rolle von Erinnerungen, Frauen im Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus und die Notwendigkeit des Aufbaus einer antifaschistischen Frauenfront gehörten zu den Themen, die in den Workshops diskutiert wurden.

Es war ein kraftvolles Zusammenkommen zu einer Zeit, in der der Widerstand von Frauen immens breit und stark ist. Autoritarismus, Krieg, Umwelterstörung und andere Bedrohungen sind weltweit auf dem Vormarsch. Unzählige Studien und Berichte zeigen, dass Frauen und weitere unterdrückte Geschlechter von all diesen Herausforderungen überproportional betroffen sind. Gleichzeitig führen Frauen und alle unterdrückten Geschlechter den Kampf um eine Alternative. Während der Konferenz wurde immer wieder deutlich, dass dies kein ideologisches Statement ist, sondern gelebte Realität – viele waren anwesend und konnten praktisch genau diese Realität besprechen.

Am zweiten Tag der Konferenz fanden drei Sitzungen mit neunzehn Diskussionsteilnehmerinnen statt. Die Politiksoziologin Dilar Dirik wies auf die Rolle europäischer Demokratien bei der Förderung von destruktivsten Formen des rechtsextremen Nationalismus und des religiösen Fundamentalismus im Mittleren Osten hin und betonte die Rolle westlicher Staaten in Bezug auf die Kriminalisierung von Bewegungen und Widerstandskämpfen. Genau diese Staaten behaupten in demselben Atemzug, dass sie Terror und Extremismus bekämpfen. Die Aktivistin Jade Daniels hob die Heuchelei der US-Positionierung hervor, die sich trotz seiner Kriege im

Ausland, rassistischer Polizeibrutalität und Masseninhaftierung im eigenen Land nach wie vor als moralische Autorität positioniert.

Weitere wichtige Themen waren die Bedeutung der Selbstbestimmung für die Kämpfe der Frauen und die Auswirkungen von Kolonialismus und Besatzung auf Frauen. Nizol Lonko Juana Calfunao, eine Vertreterin des Mapuche-Volkes, sprach über die Rolle des chilenischen Staates und der extraktivistischen multinationalen Unternehmen bei der Verfolgung ihres Volkes und der Zerstörung ihrer Traditionen und Heimat. Asya Abdullah, die Ko-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Union (PYD), machte auf die Drohnenangriffe der Türkei in Nord- und Ostsyrien (siehe auch Seite 8) aufmerksam und betonte, dass diese insbesondere auf prominente weibliche Führungspersonlichkeiten im Kampf für die kurdische Selbstbestimmung abzielen.

Die Aussicht auf den Aufbau einer supranationalen Frauenorganisation im Rahmen eines demokratischen Konföderalismus von Frauen und allen unterdrückten Geschlechtern wurde in der Abschlussitzung diskutiert. Das von der kurdischen Freiheitsbewegung entwickelte politische Modell begründet sich in dem Zustand, dass der bisherige Kampf der Frauen »noch nicht in der Lage war, über das bestehende dominante System hinauszugehen«. Um die Kräfte zu überwinden, die Frauen unterdrücken, argumentiert der Vorschlag, dass Organisationen nicht die gleichen Formen annehmen dürfen wie patriarchalische Institutionen, zum Beispiel Staaten und Unternehmen. Vielmehr müsse eine Alternative geschaffen werden, die außerhalb der Autorität der Nationalstaaten funktioniert – eine Grundlage also für ein alternatives Zusammenleben, wie sie in Nord- und Ostsyrien umgesetzt wird.

Teilnehmende Einzelpersonen und Organisationen planen, ihre Diskussionen und gemeinsame Arbeit fortzusetzen.

Link: womenweavingfuture.org

Aufgrund der hohen Ausgaben für die Konferenz wurde ein Crowdfunding gestartet, um einige der Kosten abdecken zu können: <https://www.firefund.net/womenweavingfuture>

MELDUNGEN

Gerechtigkeit für Mouhamed

Unter dem Motto »Es gibt 1.000 Mouhameds. Sie verdienen Gerechtigkeit!« gedachten am 19. November rund 2.500 Menschen dem im August von der Dortmunder Polizei ermordeten Mouhamed Lamine Dramé. Die vom Bündnis »Justice4Mouhamed« organisierte Demonstration startete mit einem Redebeitrag der Familie Dramé, die sich traurig und schockiert zeigte. Dass der Fall Mouhamed die Dortmunder Stadtbevölkerung zutiefst beschäftigt, wurde unter anderem in Redebeiträgen der lokalen afrikanischen Community deutlich. Darüber hinaus kamen unterschiedliche Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen, die sich kritisch mit dem gewalttätigen Vorgehen der Polizei und den dahinter liegenden rassistischen und autoritären Strukturen beschäftigten. So zum Beispiel die Recherchegruppe »Death in Custody« und die Initiative Oury Jalloh, die für die Aufklärung von durch Polizeieinsätze verursachte Todesfälle kämpfen.

Link: <https://justice4mouhamed.org>

Gericht sieht keinen Notstand

Zwei Klimaaktivist*innen der Aktionsgruppe »Unfreiwillige Feuerwehr« wurden am 17. November zu einer Haftstrafe von vier Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Aktionsgruppe hatte Ende September das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde blockiert (siehe CONTRASTE Nr. 457). Die Angeklagten waren bei der Blockade festgenommen worden und sitzen seitdem in Untersuchungshaft, weil sie sich weigern, ihre Identität preiszugeben. Die Verteidigung berief sich auf den rechtfertigenden Notstand nach §34 StGB (siehe auch Seite 1 und Seite 8). Doch das Amtsgericht in Cottbus verwarf die Berufung auf den Notstandsparagraphen mit der Begründung, dass »der Klimawandel keine gegenwärtige Gefahr« darstelle.

ANZEIGEN

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunkthemen

- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: Staatskapitalismus (3/2022)
- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)

Einzelheft: ca. 176 S., 15,- [D] / 15,40 [A]
Probeheft anfordern!
www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER

Gemeinsam die Welt verbessern?
 Genossenschaft gründen!

www.genossenschaftsgruendung.de

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
 Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0

RADELN OHNE ALTER, KÖLN

Eine bewegende Initiative

Seit 2021 beglückt das Kollektiv-Projekt »Radeln ohne Alter« mobilitäts- eingeschränkte Menschen in Köln - tauschfrei und lohnend.

BERNHARD RIEDL, KÖLN

»Ach, wie schön! Dass ich das noch erleben darf!« Mehr als ein Dutzend Mal und in leichten Varianten ruft, ja jauchzt die alte Dame während ihrer ersten Rikschafahrt diesen Satz. Immer wieder dreht die Seniorin sich zum Fahrer um und fragt, ob sie nicht zu schwer, die Fuhre ihm nicht zu anstrengend sei. Der winkt nur ab und verweist auf seine Pedelec-Unterstützung. Beim Eisladen am Fischmarkt wird kurz gestoppt für eine Kugel im Hörnchen. »Wissen Sie was, das war mein erstes Schleckeis seit Jahren, so lecker!« sagt die Fahrgästin verschmitzt zu dem Rikscha-Piloten, und später, als die Tour zu Ende ist, strahlend: »Junger Mann, sie wissen gar nicht, was für eine Freude Sie mir heute bereitet haben!«

Ein seltenes Erlebnis

Das ist es, was sich »Radeln ohne Alter« zum Ziel gesetzt hat: Menschen, die nicht mehr gut zu Fuß sind, ein Erlebnis des Unterwegs-Seins zu verschaffen. Wer selbst nicht mehr radeln kann, soll nicht auf die Freude einer Fahrradfahrt verzichten müssen. Dass das mit den Rikschas von »Radeln ohne Alter« perfekt gelingt, liegt unter anderem daran, dass die Fahrgäste vorne sitzen und damit mitten im Geschehen. Sie erleben ihre Umwelt, ihre Mitmenschen, Wind und Sonne unmittelbar und – Lebensfreude pur. Oft kommt ein Gespräch in Gang über Gesehenes und Erlebtes, Erinnerungen werden wach, von denen erzählt wird. Manche Fahrgäste genießen still, erwidern wohl die Grüße

der Passant*innen. Selbst Menschen, an denen die Demenz mehr oder weniger heftig nagt, freuen sich am Unterwegs-Sein an der frischen Luft, erst recht, wenn der Pilot sich traut, hinten einen alten Schlager anzustimmen. Dann kommt es auch schon mal zu Szenenapplaus für das rollende Chörchen.

Deshalb stehen quasi am Ende jeder Fahrt in der Rikscha Freude und Dank, meist sagen schon die leuchtenden Augen alles, wenn der Sicherheitsgurt gelöst und der Arm als Umstiegshilfe in den Rollator oder Rollstuhl angeboten wird. Manchmal kommt ein Brief, der anrührt; Angehörige oder das Pflegepersonal erzählen, wie begeistert die Fahrgäste waren. Das motiviert natürlich.

In Köln sind es vor allem Axel Friese und Reinhard Kemper, die »Radeln ohne Alter« ins Rollen gebracht haben. Nach der Anschaffung einiger privater Rikschas gelang es zügig, mit städtischer Unterstützung Rikschas für Senioreneinrichtungen in allen Bezirken der Stadt anzuschaffen.

Als es kurz nach dem Ende des ersten Lockdowns 2021 in Köln in elf Senioreneinrichtungen losging, hatten viele Bewohner*innen über Wochen, wenn nicht Monate keine Chance auf einen Ausflug gehabt. Weil das Wetter über lange Wochen gut war, musste fast keine Fahrt deswegen ausfallen.

Friese und Kemper hatten dafür gesorgt, dass Rad-Begeisterte gefunden und als Rikscha Pilot*innen ausgebildet wurden. Sie hatten das Angebot in den Einrichtungen vorgestellt sowie über die Medien bekannt gemacht. Sie fungieren als Schnittstelle zu den Einrichtungen, zur Stadt, zu Sponsor*innen und Spender*innen: Friese als Vereinsvorsitzender, Kemper als Manager. Und natürlich sind beide auch immer wieder auf der Rikscha im Einsatz.

Seit 2022 liegt ein weiterer Fokus auf den Menschen, die in ihren angestammten Wohnungen in den Stadtvierteln (Veedeln) leben und nur noch selten oder mit großen Mühen vor die Tür gelangen. Hier kommen die »Kapitäninnen und Kapitäne« der Veedels-Rikschas ins Spiel: Sie sorgen dafür, dass individuelle Fahrtwünsche erfüllt werden, die per E-Mail, Telefon, soziale Medien oder Messenger herkommen. Jede*r der Kapitän*innen hat dafür einige Pilotinnen und Piloten – aus einem Pool von insgesamt 60 – zur Verfügung, die entweder zu festen Zeiten fahrbereit sind oder jeweils gesondert angefragt werden.

International unterwegs

Während England und Japan »Minister für Einsamkeit« berufen, wird inzwischen in über 55 Ländern auf der Welt gegen die wachsende Einsamkeit erfolgreich »angeradelt«, vor allem wohl deswegen, weil es nicht um Versorgung geht, sondern um Bewegung, Begegnung, Dialog und Nähe.

»Radeln ohne Alter« hat seinen Ursprung in Kopenhagen. Ole Kassows hatte die Idee, alte Menschen mit einer Rikscha zu Orten ihrer Wahl zu fahren. Daraus ist »Cykling uden alder« geworden, deutsch »Radeln ohne Alter«, eine Bewegung, die sich schnell in Dänemark und bald darauf in vielen Ländern der Welt verbreitet. 2020 gibt es 2.200 regionale Gruppen mit über 3.000 Rikschas in mehr als 50 Ländern in Europa, Nordamerika, Asien und Australien sowie Neuseeland. In Deutschland gibt es in mehr als 100 Städten und Gemeinden solche Rikscha-Projekte.

Das ehrenamtliche Angebot von »Radeln ohne Alter« ist ausnahmslos gratis, es soll der Freude und der Begegnung dienen, Lust an Bewegung und dem Naturerlebnis, dem Aus-



▲ Rikschafahrt am Rheinufer in Köln

Foto: Günter Hotes

tausch mit den Pilot*innen und gegebenenfalls Passant*innen wecken. Es ist ausdrücklich kein Taxi- oder Begleitservice. Die Freude der Menschen auf der Rikscha ist zentral, egal ob sie vorne sitzen oder hinten. So bedankt sich die Tochter, die einen Familienausflug rund um den Kölner Dom anlässlich des 80. Geburtstags der Mutter eingefädelt hatte:

»Es gibt gar nicht genug Worte, um dir zu sagen, wie toll der gestrige Tag für meine Mutter und auch für

meinen Vater war. Durch die vielen Krankenhausaufenthalte haben wir die letzten zwei Jahre nichts mehr als Familie unternehmen können. Das Wetter hat auch noch mitgemacht, und deine sympathische kölsche und menschliche Art hat meine Eltern sehr angesprochen. Sie haben gestern Abend noch mal angerufen und mir gesagt, wie toll es war, und heute Morgen auch noch mal.«

Link: <https://radelnohnealter.koeln>

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Long-Covid unter uns?

Ja, es stimmt unbestritten: die Gruppen, Projekte und Betriebe mit solidarischer Grundstruktur haben sich in der allgemein bedrohlich wirkenden Situation durch die Covid-Pandemie bewährt. Viele Mängel, alltägliche Einschränkungen, Erschwernisse und Sorgen konnten durch gemeinsames Handeln und den sozialen Zusammenhalt kompensiert werden. Der Individualisierung und Vereinzelung wurde, durch das Prinzip der selbstorganisierten Gegenseitigkeit, deutlich das Wasser abgegraben.

Es überrascht deshalb um so mehr, dass uns aktuell in nicht wenigen Gemeinschaften nun Auflösungserscheinungen begegnen, die wir nicht länger bagatellisieren können und wollen. Und das, nachdem der vermeintliche Peak der Pandemiefolgen durchaus erfolgreich überstanden wurde. So zeigt sich für uns externe Berater*innen eine Art von Long-Covid in der Selbstverwaltung. Äußerliche Symptome sind in diesem Jahr unter anderem: die Auflösung ganzer Projektgruppen, gemeinsame Treffen dünnen extrem aus, ehemals Aktive ziehen sich zurück, bestehende interne Konflikte erscheinen jetzt unversöhnlich und nicht auflösbar, neue Impulse und Initiativen sind

Mangelware. Besonders kulturelle und bewegungsnahe Projekte und Initiativen scheint das zu betreffen. Allerdings auch Kollektivbetriebe (zum Beispiel in der Gastronomie), auch wenn nicht so oft existenziell.

In den Beratungen können wir verschiedene Gründe erkennen, die mehr oder weniger deutlich ihre Wirkung entfalten. Nicht selten begegnen uns in Gruppen jetzt aktuell Konflikte, Widersprüche und sonstige »Schieflagen«, die eine längere Vorgeschichte haben. Also schon weit vor dem Beginn der Pandemie ungelöst bestanden und gewirkt haben. Die reduzierten persönlichen Begegnungsmöglichkeiten haben eine Verständigung über und die Klärung von Gegensätzlichkeiten in keiner Weise befördert – im Gegenteil. Egal, ob Signal, Big Blue Button oder Zoom nun zur Ersatzkommunikation erkoren wurde, für die direkte und persönliche Auseinandersetzung gibt es keinen Ersatz. Besonders in kritischen Phasen einer Gemeinschaft und ihrer Mitglieder.

Die digitalen Möglichkeiten wurden lange und hingebungsvoll genutzt, auch als die Inzidenzen es gar nicht mehr unbedingt forderten. Das ist ja so einfach. Sie wurden leider – neben sinnvollen

Absprachen – auch zur Vermeidung drohender unfreundlicher, schwieriger und ratloser Situationen zumindest in Kauf genommen. Das entspricht zusätzlich einer allgemeinen Tendenz für Einzelne zum sozialen Rückzug. Der Rückweg in den »normalen« Selbstverwaltungsalltag, nach Abschwächung der Pandemiegefahren, fällt einigen schwer. Der Abstand ist groß, manchmal zu groß, geworden. Positiv gesehen: Einige unserer Mitstreiter*innen haben ihre Grenzen der Belastbarkeit kennen und achten gelernt.

Und die persönlichen Belastungen sind im Einzelfall real deutlich gestiegen. Der Unterstützungsbedarf im Familien- und Freundeskreis hat Kräfte erfordert, zum Beispiel durch Erkrankungen, den Betreuungsaufwand für Kinder oder einfach den ganz alltäglichen Mehraufwand. Kräfte, die für Initiative und Tatendrang nun fehlen. Die nötigen Kraftanstrengungen zum Überleben haben in Kollektivbetrieben manchmal vergleichbare Folgen.

Energie und Aufmerksamkeit wird auch jetzt vermehrt für den Umgang mit Zukunftsängsten, Lebensverteuerung, gesundheitlicher Bedrohung, finanziellen Sorgen, zunehmender gesell-

schaftlicher Spaltung dringend gebraucht. Ohne die Militarisierung und die fortschreitende Plünderung unseres Planeten ausdrücklich benennen zu müssen. Bei allem solidarischen Bemühen und gelebter Praxis wissen wir, dass selbst die engagierteste Gruppe viele höchst individuelle Reaktionen auf solche Bedrohungen und Belastungen nicht immer zu kompensieren vermag. Mal abgesehen von den oft polarisierenden Haltungen im Umgang mit Covid, die in Gemeinschaften zunehmend dauerhafte Gräben hinterlassen haben. Und nicht zuletzt die gestiegenen Bedarfe an finanzieller Sicherheit und damit das verstärkte Drängen in eine marktwirtschaftliche Richtung.

Es wird uns für lange Zeit viel Geduld abverlangt. Wir werden uns einiges gegenseitig zu verzeihen haben. Wir werden die Begrenztheit unserer Bemühungen mehr spüren und damit leben lernen müssen. Wir werden uns Zeit fürs Kräftesammeln und zur Wiederherstellung aktiver, gemeinsamer Handlungsfähigkeit oder Entschlusskraft zugestehen müssen. Alles keine sensationell neuen Anforderungen, doch nie waren sie in den betroffenen Gruppen wichtiger als heute.

EINE PROTESTOPER IN BERLIN

» Wenn unsere Demos nicht beachtet werden, dann singen wir Oper! «



▲ Spielszene der Protestoper: Die Göttin der Hoffnung, Laura, Tibor und ihre Gefährtinnen



▲ Trauermarsch: Tibor und die geräumten und verdrängten Projekte werden zu Grabe getragen.

Fotos: Umbruch Bildarchiv (aufgenommen in der Reichenberger Straße in Berlin, 2021)

»Wem gehört Lauratibor?« ist die weltweit bisher einzigartige Form einer Protestoper gegen Wohnungsspekulation und Gentrifizierung. Die Idee entstand bei gemeinsamen Küchengesprächen über die bedrohten Projekte »Ratibor14« und »Lause bleibt.« in Berlin und ist zum Projekt eines gesamten Kiezes geworden.

JÜRGEN WEBER, BERLIN

»Die Gründe für den Kampf um Wohnraum, um Gerechtigkeit, um's Recht auf freie Migration, gegen fossiles altes, gegen neues, fruchtbar grünes Kapital, ihr seht's und wisst's, sie bleiben! Und somit bleiben wir, wir Habenichtse! Und somit bleibt auch unsere Oper, unser Lied vom Widerstand und von Protest...«, ruft Protagonist Tibor dem Straßenpublikum in der Reichenberger Str. in Berlin-Kreuzberg zu. Es ist die Wiederaufführung der über zweistündigen Oper »Wem gehört Lauratibor?« im Juni 2022.

Dabei wurde Anfang des Jahres im Lauratibor-Kollektiv heftig darum gerungen, ob die Oper 2022 wieder aufgeführt werden soll. Vieles hatte sich in der kurzen Zeit seit der Premiere im Juni 2021 verändert und von der guten Stimmung in der Mieter*innenbewegung nach dem erfolgreichen Volksbegehren der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« war nur noch wenig zu spüren. Allgemein wurde das Ausdünnen und die Schwächung der stadtpolitischen Bewegung beklagt. In der Wohnungsfrage galt »das gleiche wie sonst auch: alles ist wie immer, und zwar beschissener, wenn auch vieles noch sehr viel beschissener geworden ist« (Tibor).

Auch bei der Initiative »Lause bleibt.« gab es Veränderungen: Nach jahrelangem Kampf gegen den Verkauf der Häuser 10/11 konnten die zwei nebeneinanderliegenden Gebäude über eine Genossenschaft selbst erworben werden. Die Protestoper musste sich in diesem Jahr also wandeln und aktuelle Bezüge schaffen: Neue Redebeiträge des Mieter*innenwiderstandes wurden aufgenommen, die Rahmen-erzählung leicht modifiziert. Auch wenn manchmal schon alles verloren schien – auch 2022 spielten und sangen 25 Solist*innen und ein Chor von 70 Personen, begleitet von einem 17-köpfigen Orchester, vereint über

die Suche nach dem verlorenen Trank der Solidarität und der Kraft gemeinsamen Widerstands. Erstmals wurde »Wem gehört Lauratibor?« nicht nur im eigenen Kiez aufgeführt, sondern in Berlin-Mitte in der Habersaathstraße 40-48, wo sechs Monate zuvor wohnungslose Menschen Wohnungen besetzt hatten, die seit zehn Jahren leer standen. Die Entscheidung des Kollektivs für diesen Spielort ist auch ein Ausdruck des Selbstverständnisses von »Lauratibor«, entstanden aus dem Widerstand gegen Verdrängung von Mieter*innen und Gewerbetreibenden, genau mit diesem auch verbunden zu bleiben.

Gesellschaftspolitischer Aktivismus in Kunstform

»Lauratibor« ist ein umkämpftes Gebiet zwischen der Ratibor-Straße und der Lausitzer-Straße in Berlin-Kreuzberg. Der Gentrifizierungsdruck hat diesen Kiez zu einer Topadresse der Immobilienwirtschaft gemacht. Doch überall im Kiez kämpfen auch die Mieter*innen um ihre Wohnungen, um Arbeits- und Freiräume. In dem ehemaligen »Schmuddelkiez« entstand 2019 das Lauratibor-Kollektiv, eine Vereinigung von Menschen, die sich als Teil der Berliner Mieter*innenbewegung verstehen und die sich mit künstlerischen Mitteln gegen Mietspekulation und für eine Stadt für alle einsetzen. »Lauratibor« ist demnach gesellschaftspolitischer Aktivismus in Kunstform, Entscheidungen über Inhalt und Form des Projekts werden möglichst gemeinsam betrachtet und gefällt.

Die Idee einer Protestoper wurde geboren, als sich die Opernsängerin Marieke Wiekesjo (sie spielte 2021 die Protagonistin Laura) und die Theaterautorin Martina Müller bei gemeinsamen Küchengesprächen der bedrohten Projekte »Ratibor14« und »Lause bleibt.« über andere Formen des Widerstands kennenlernten. Aus der Idee wurde das feste Vorhaben, etwas Ungewöhnliches zu machen: Eine Protestoper im Reichenberger Kiez in Berlin für alle und von allen! Dazu würde keine große Strukturarbeit notwendig sein, denn die Menschen und Strukturen waren schon vorhanden.

Gespräche mit Nachbar*innen über ihre Ängste und Sorgen angesichts der

miserablen Lage der Mieter*innen – Wann kommt die nächste Mieterhöhung? Wird unser Haus in Eigentumswohnungen umgewandelt? Muss ich demnächst ausziehen? – bilden die erzählerische Grundlage des musikalischen Märchens. Die einzige fiktionale Geschichte bei »Wem gehört Lauratibor?« ist die Liebesgeschichte zwischen Laura und Tibor und ihre Suche nach dem Elixier des Widerstands.

Mit mehrsprachigen Flyern und Plakaten sowie auf Infoveranstaltungen wurde in der Nachbarschaft, bei Hausgemeinschaften und Projekten (die normalerweise wenig mit Oper zu tun hatten) für die Idee geworben und dort enthusiastisch aufgenommen. Allen wurde schnell bewusst, dass es ein einzigartiges und großes Projekt sein würde und viele mitmachen müssen, wenn es zur Aufführung kommen soll. In kurzer Zeit meldeten sich 100 Menschen (viele, die nie zuvor in einer Gruppe und vor Publikum gesungen hatten) für den Kiez-Chor, um mitzusingen, für die Band und die Gruppe der Solist*innen. Auch Covid-19 konnte der Begeisterung nichts anhaben. So fanden anfangs die Proben nur online statt, aber sobald es möglich war, im Freien.

Kleinere und größere Rollen, professionelle Sänger*innen und »Amateure«, Kiez- und Investoren-Chor, Kompositionen, zugeschnitten auf die Menschen, die singen, eine 20-köpfige Band, Dirigate, Kostüm und Schminke, Bühnenbau, Technik, grafische Gestaltung, das Einwerben notwendiger Zuschüsse – alle die Fähigkeiten und Kenntnisse, die direkt und indirekt zum Gelingen der Protestoper beitragen, mussten organisiert und koordiniert werden. Dazu sollten an den Spielorten in der Reichenberger Str. möglichst viele Nachbar*innen mit einbezogen werden (Balkone, die genutzt werden können, Geschäfte für den Stromanschluss, Spätis, wo man auf die Toilette kann usw.). Die verschiedenen Gewerke mussten zusammenwachsen. »Ich habe im September 2020 zum ersten Mal bei der Chor-Probe mitgemacht und war sofort von der Musik, den verschiedenen Stimmen, aber auch den Texten begeistert«, erzählt Nelli vom Lauratibor-Chor. »Erst nach und nach habe ich verstanden, dass wir mitten in einem Prozess

stecken. Lieder wurden immer wieder überarbeitet, neue kamen dazu. Und erst bei den Proben mit der Band und einzelnen Solist*innen hat sich auch bei mir langsam der Umfang, der Handlungsfaden und die gesamte Aussage der ganzen Geschichte zusammengesetzt – und mich immer mehr eingenommen.«

Zur Premiere in der Reichenberger Str. im Juni 2021 kamen 1.500 Menschen. Als der Lauratibor-Chor rund zweieinhalb Stunden später nach der letzten Ansage von Tibor das Widerstandslied an- und das Publikum in diesen »Gassenhauer« einstimmt und mit dem Ensemble auf der Straße tanzt, hat sich für den Kiez und die Bewegung der Mieter*innen eine neue Welt der Protestes eröffnet – der Kunstgedanke, dass die Grenze zum Publikum aufzulösen ist, hat sich realisiert. Der künstlerische Ausdruck ist dort hingekommen, wo es den politischen Protest schon gibt: auf die Straße.

Der Premiere folgten Aufführungen auf dem Mariannenplatz in Berlin-Kreuzberg, beim Kopenhagener Opernfestival, Auftritte des Kiez-Chores und der Band auf Demonstrationen und bei stadtpolitischen Aktionen.

Das Thema lag auf der Straße

Die Protestoper war von Anfang an nicht am normalen Kunstbetrieb orientiert, sondern an der Misere der profitorientierten Wohnungspolitik und an dem stadtpolitischen Widerstand. Das Thema lag mehr oder weniger auf der Straße und betrifft sowohl die Mitwirkenden, wie auch das Straßenpublikum. Im Kollektiv lässt sich die Betroffenheit der Einzelnen für andere erfahrbar machen. Manche Aktivist*innen haben schon mehr Erfahrung mit neuen Formen des künstlerischen Ausdrucks von Protest, andere kommen aus der stadtpolitischen Bewegung und entdeckten künstlerische Ausdrucksformen als eine neue, eigene und progressive Form, sich politisch zu engagieren.

Von Anfang an stand im Raum, ob und wie sich ein so komplexes Arbeitsprogramm weiter kollektivieren lässt, wie bei all den alltäglichen Bedrängnissen die Geduld und Zeit aufgebracht werden kann, um Ideen und Entscheidungen ausführlich zu diskutieren und wie sich das Kollektiv weiter entwickeln kann und soll, sowohl im künstlerischen Ausdruck wie auch als Teil der stadtpolitischen Bewegung.

»Wenn ich heute durch Kreuzberg gehe, dann ist bestimmt jede zweite Person, der ich begegne, jemand die ich von Lauratibor her kenne«, erzählt S. vom Lauratibor-Chor. Der Zusammenhalt im Kiez ist gewachsen. Eine andere Wirkung von »Lauratibor« ist, dass auch andere Emotionen Platz gewinnen können, denen bei der großen Wut der Mieter*innen manchmal nicht genug Raum gegeben wird: Wenn beim Trauerzug im zweiten Akt die geräumten und verdrängten Projekte und Häuser zu Grabe getragen werden, wird ein Raum erschaffen, Trauer gemeinsam auszudrücken und in neuen Protest umzuwandeln.

Lauratibor »ist einfach eine grandiose Mischung aus »Hochkultur-Oper« mit echten Opernsänger*innen, Berliner Straßenslang, guten politischen Inhalten, wunderbarer Musik (Band und Chor) und viel Humor und Witz«, so bringt Nelli vom Lauratibor-Chor die Stärke des Projekts auf den Punkt.

Link: www.lauratibor.de

ANZEIGE

Kurdinnen und Kurden leben in der Türkei, im Iran, im Irak, in Syrien. Die Staaten haben immer größere Probleme. Entsteht jetzt Kurdistan als eigener Staat?

Kurdistan
Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

(ANTI-)POLITIK IM MUTUALISTISCHEN UND KOMMUNITÄREN ANARCHISMUS

Das Soziale und die Gemeinschaft gestalten

Was viele von uns motiviert, ist die Sehnsucht nach einem guten Leben für alle in friedlicher und kooperativer Koexistenz. Damit brauchen wir nicht bescheiden umzugehen. Um dies zu realisieren, gilt es die herrschaftliche Gesellschaftsform, in der wir leben, grundlegend zu verändern. Mit diesem großen Anspruch nehmen wir uns selbst ernst und bleiben auf der Suche, anstatt uns in alternativen Blasen unter Gleichgesinnten einzurichten. Mit dem folgenden Beitrag möchte ich einige Erkenntnisse aus meiner intensiven Beschäftigung mit anarchistischer Theorie weitergeben, um zur Reflexion und Diskussion über alternative Praktiken und Strategien anzuregen.

JONATHAN EIBISCH, LEIPZIG

Die sozialistische Bewegung entstand als Graswurzelbewegung. Erst im letzten Drittel des 19. Jh. wurden sozialistische Parteien gegründet und der sozialdemokratische Weg politischer Reformen sowie der autoritär-kommunistische Weg der politischen Revolution beschritten.

Dagegen richtete sich der Anarchismus als dritte Hauptströmung im Sozialismus. Einerseits glaubten seine Anhänger*innen nicht an die Reformierbarkeit sozialer Missstände innerhalb des politischen Systems des bürgerlichen Staates, welcher von kapitalistischen Interessen dominiert wird. Andererseits haben Anarchist*innen unter anderem in Frankreich bei den Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 sowie bei der Niederschlagung der Kommune-Bewegung 1871 wiederholt die Erfahrung gemacht, dass eine Revolution, die auf die Übernahme der Staatsmacht abzielt, letztendlich zur Erhaltung und Erneuerung der Herrschaftsordnung führt. Deswegen kritisieren sie die Form der politischen Partei als autoritär, zentralistisch und hierarchisch und damit als der Herrschaftsordnung zugeordnet, welche sie überwinden wollen. Stattdessen setzen sie auf freiwillige, dezentrale und autonome Netzwerke, mit denen sie eine Gegen-Gesellschaft aufbauen wollen.

Der Streit um diese unterschiedlichen Analysen und Strategien, drückt sich auch in der anarchistischen Ablehnung von »Politik« aus. Argumentiert wird, dass es gar nicht effektiv, sinnvoll und emanzipatorisch



▲ Collage zum Thema Anti-Politik

Foto: Jonathan Eibisch

sei, wenn Sozialist*innen sich auf das politische Feld begeben und sich politischer Mittel bedienen. Stattdessen sollten sie sich weiterhin selbst organisieren, freiwillig zusammen schließen und außerhalb der etablierten politischen Rahmenbedingungen betätigen.

Das Soziale und die Gemeinschaft als Bezugspunkte

Politisch ist nicht gleich staatlich. Das Problem ist aber, dass der moderne Staat versucht, alle politischen Bestätigungen zu vereinnahmen, zu regulieren und zu verstaatlichen, anstatt Menschen selbstbestimmte Lösungen suchen und umsetzen zu lassen. Auch die sogenannte »Zivilgesellschaft« wird auf diese Weise vom Staat konstruiert und ihm zugeordnet. Gleichzeitig glauben die meisten Menschen unter dem Einfluss der Herrschaftsideologie, nur wenn ihre Aktivitäten politisch ausgedrückt werden (Gespräche mit Politiker*innen, Medienaufmerksamkeit, Aufgreifen der Forderungen durch Parteien, entsprechende Gesetze usw.) wären sie relevant und könnten erfolgreich sein. Deswegen wollen häufig auch viele Aktive in sozialen Bewegungen diese politisch ausrichten. Politik funktioniert auf diese Weise in der Gegenwartsgesellschaft als ein staatliches Herrschaftsverhältnis, das es grundlegend zu kritisieren und zu dem es Alternativen zu suchen gilt. Die anarchistische Kritik am Politikmachen ermöglicht es, anderen Handlungsmöglichkeiten nachzugehen. Als anti-politische Bezugspunkte in verschiedenen Ausprägungen des Anarchismus können die Individuen (Individualanarchismus), die Gesellschaft (anarchistischer Kommunismus), die Ökonomie (Anarch@-Syndikalismus) und eine Projektion von ultimativer »Freiheit« (Insurrektionalismus) beschrieben werden. Für die Lesenden der CONTRASTE scheinen mir dabei die Vorstellungen, die auf das Soziale abzielen (Mutualismus) und Ansätze, die auf die Gemeinschaft (Kommunitarismus) fokussieren am bedeutendsten zu sein. Letztendlich vermischen sich diese verschiedenen Ansätze und damit verbundenen Praktiken und Stile in anarchistisch beeinflussten Szenen häufig.

Mutualismus bedeutet »Gegenseitigkeit« und zielt darauf ab, mit freier Vereinbarung zwischen Einzelnen

oder Gruppen kooperative Beziehungen herzustellen, statt sich in aufgezwungene Ausbeutungs- und Rechtsverhältnissen zu begeben. Trotz berechtigter Kritik an seinem Sexismus und Antisemitismus ist Pierre-Joseph Proudhon als Vordenker dieses Konzepts zu nennen. Michael Albert kann zum Beispiel als ein zeitgenössischer Vertreter gelten. Auch wenn die vereinzelnde Massengesellschaft es ihnen erschwert, sozial eingebunden zu sein, befinden sich die meisten Menschen in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen. Diese sozialen Beziehungen sind nicht in jedem Fall für alle Beteiligten gelingend, wohlwend oder genügen emanzipatorischen Ansprüchen. Dennoch lässt sich hier ansetzen, damit Menschen sich selbst organisieren und aktiv den sozialen Raum gestalten, in den sie eingebunden sind.

Gedanken zum kommunitären Anarchismus wurden insbesondere von Gustav Landauer formuliert und werden aktuell von John P. Clark weitergedacht. Im Sinne der Lebensreformbewegungen geht es darum, mit jenen anzufangen, welche einen Drang nach Veränderung der Gesellschaft und ihres eigenen Lebens spüren. In alternativen Gemeinschaften werden sozialistische Organisationsformen und Beziehungen vorweggenommen, um so auf experimentelle Weise und mit offenem Ausgang ein neues Beginnen zu wagen. Diese Gemeinschaften können Kommune-Projekte sein, wo die Mitglieder ihr gesamtes Leben teilen, sich aber genauso in Gegen-Kulturen finden, in denen sich Menschen durch ihren Protest, eigene Stile und utopische Vorstellungen verbunden fühlen. Wenn die entsprechenden Gruppen nach außen wirksam werden, geben sie damit wichtige Impulse in ihre Umgebung, ohne anderen ihre Vorstellungen aufzuzwingen.

Der anarchistische Mutualismus und Kommunitarismus gehen tatsächlich häufig ineinander über. Ihre Befürworter*innen interessieren sich nicht besonders für »die« Revolution im Sinne eines großen »Umsturzes«. Wenn es zu einer spürbaren Veränderung des derzeitigen Gesellschafts-systems kommt, gehen mutualistisch und kommunitär eingestellte Anarchist*innen nicht davon aus, dass sie dies großartig beeinflussen könnten oder darauf hinwirken müssten. Was sie aber durchaus tun, ist neue sozi-

ale und gemeinschaftliche Institutionen und Beziehungen zu entwickeln. Denn je umfassender Menschen im Sozialen selbst organisiert sind, in Gemeinschaften ihre Leben teilen und dabei sozialistische Werte wie Gleichheit, soziale Freiheit, Solidarität, Vielfalt und Selbstbestimmung leben, desto eher unterscheidet sich eine neue Gesellschaftsform von der vorherigen und gewinnt eine andere Qualität. Was wir heute aufbauen, weist bereits die Richtung in eine erstrebenswerte Zukunft und wenn diese eintritt, ist sie nur so schön, wie das, was wir bereits verwirklicht haben.

Stärker als bei anderen anarchistischen Ansätzen liegt hinter dieser Herangehensweise ein Vertrauen in die soziale Evolution der Gesellschaft. Das bedeutet, dass Menschen, die selbstorganisiertes Soziales und rebellische Gemeinschaften stiften, pflegen und gestalten, auf lange Sicht grundlegende Veränderungen bewirken können. Es stimmt dabei, dass dem eine Herrschaftsordnung entgegensteht, in welche viele Menschen tiefst verstrickt und verhaftet sind, die sie einzeln, ihre Vorstellungskraft beschränkt, ihre Hoffnung zerstört, welche in vielerlei Hinsicht auf Gewalt beruht und gewaltsam aufrecht erhalten wird. Aber letztendlich stellt sich für uns die Frage, wie wir leben wollen und was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten tun können, um grundlegende Veränderungen zu bewirken.

In Distanz zur herrschenden Politik andere Wege gehen

Anarchist*innen gehen dabei davon aus, dass erstrebenswerte solidarische, gleiche und freiheitliche Verhältnisse parallel zu jenen der dominanten Herrschaftsverhältnisse bestehen und ausgeweitet werden können. Statt dem Staat können sich Menschen in Föderationen freiwilliger, autonomer Kommunen organisieren; statt dem Kapitalismus dezentrale sozialistische Wirtschaftsformen wie Kollektivbetriebe, Genossenschaften, regionalen Wirtschaftskreisläufe etc. einrichten. Auch zu Patriarchat, weißer Vorherrschaft und Naturbeherrschung gibt es lebenswerte Alternativen.

Ein theoretischer Baustein, um dies zu denken, besteht darin, eine kritische Distanz zu dem aufzubauen, was alltagsweltlich und fachgemäß unter

»Politik« verstanden wird. Damit geht es darum, außerhalb vorgefertigter Bahnen zu denken, sich auf die Vielen zu beziehen, welche gar nicht im politischen Prozess repräsentiert oder mitgedacht werden, und zu hinterfragen, was uns als effektiv, wirksam und sinnvoll präsentiert wird. »Politik« ist ein Begriff, der mit allen möglichen Bedeutungen aufgeladen und in seiner Definition hochgradig umstritten ist. Viele Anarchist*innen beschäftigen sich offensichtlich viel und kritisch mit dem, was politisch geschieht. Wenn wir darüber nachdenken, weisen unsere Vorstellungen und Gefühle in Bezug auf »Politik« allerdings darauf hin, dass oftmals ziemlich unklar ist, was wir tatsächlich meinen, wenn wir von »der« Politik sprechen.

Trotzdem werden wir die Beschäftigung mit Politik nicht ganz los. Und zwar aus dem Grund, weil die zahlreichen kleinen Projekte, welche im mutualistischen und kommunitären Anarchismus hervorgebracht werden, rasch dazu tendieren können, zu Selbstzwecken zu werden. Jede*r die*der in Kollektivbetrieben, Genossenschaften, Hausprojekten etc. involviert war oder ist, kennt das. Wie schnell verlieren wir aus dem Blick, weswegen viele von uns eigentlich darin aktiv sind: Weil wir etwas anderes schaffen und aufbauen wollen – gegen den Trend der Zeit, gegen den Zwang und die Zerstörung, welche mit der Herrschaftsordnung einhergehen. Daher gilt es, dass wir unsere Aktivitäten in den verschiedenen kleinen Projekten auf das große Ziel der Gesellschaftsveränderung insgesamt ausrichten; dass wir uns sozial-revolutionär orientieren. Dies bedeutet, sich nicht in eine Szene zurückzuziehen, sondern selbstbewusst mit den eigenen Sehnsüchten, Vorstellungen und Erfahrungen nach außen zu treten, um andere davon zu überzeugen. Damit können wir auch die Frage aufwerfen, wie eine liberitär-sozialistische Gesellschaftsform politisch organisiert wird. Wir können dabei bereits auf Konzepte der Rätedemokratie, der Gegenmacht und auf eigene Erfahrungen mit kommunaler Selbstorganisation zurückgreifen und durch sie unser Verhältnis zu gegenwärtiger Politik besser bestimmen.

Jonathan Eibisch hat eine Doktorarbeit zur politischen Theorie des Anarchismus geschrieben. Link zu seinem Blog: paradox-a.de

ANZEIGE

Z. Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 33. JG
Nr. 132, Dez. 2022, 224 Seiten

Lohnabhängigenbewusstsein –
Solidarität und Konkurrenz in
der Krise

Pein – *Konjunkturen des (Klassen-)Bewusstseins* / Detje / Sauer – *Arbeitsolidarität* / Hassan-Beik – *Klasse, Bewegung und Krise* / Beck – *Differenz und Gemeinsamkeit* / Bayraktar – *Literatur und Klassenbewusstsein*

Soziale Bewegungen
Liegl / Kilroy – *Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2022* / Genschel u.a. – *Sozialproteste Herbst 2022*

Politische Trends
Boris – *„Rechazo“ in Chile / Azzañá – Italien weiter nach rechts* / Schmidt – *LINKE im Sinkflug?*

Marx-Engels-Forschung:
Rüdiger / Galander – *Aufbauplan von Karl Marx (II)* / Heinrich – *Replik*

Und: Leisewitz – *Sozialstruktur der BRD 1996-2019 (IV)* / Czeskleba-Dupont – *Preußischer Militarismus – US-amerikanische Gewalterschafft* / Abmayr – *Demokratische Grundrechte*

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriften-schau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefen/ Jahr incl. Vers.)
Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

ZÜRICH: PROJEKT KLIMAGENOSSENSCHAFT

Vom Luxusleben innerhalb der planetaren Grenzen

Gut 500 Menschen können mitten in Zürich so leben, dass ihnen ein Planet genügt. Dies behauptet die Arbeitsgruppe für eine Klimagenossenschaft in der Schweizer Stadt, die mit ihrem Projekt auch das städtische Klimaziel – nämlich Netto Null bis 2040 – erreichen würde. Die Arbeitsgruppe hat konkret ausgerechnet, was das Leben mit einem Planeten konkret in Zürich bedeuten würde. Für CONTRASTE haben wir das Konzept für das Reallabor, das auf dem jetzigen Busparkplatz in der Nähe des Hauptbahnhofs entstehen könnte, leicht gekürzt.

KLIMAGENOSSENSCHAFT, ZÜRICH
REDAKTION STUTTGART

Um das Klimaziel der Stadt Zürich – nämlich »Netto Null 2040« – zu erreichen, müssen wir einen anderen Lebensstil entwickeln. Dieser sollte auch die indirekten oder sogenannten grauen Emissionen beinhalten. Denn auch die Emissionen, welche durch unseren Konsum außerhalb der Stadt verursacht werden, müssen auf Netto Null reduziert werden.

Wir berufen uns auf die Forschungen des Teams um Johan Rockström (Stockholm Resilience Center, SRC) zu den planetaren Belastungsgrenzen (Planetary Boundaries). Diese Grenzen wurden im Jahr 2019 im Umweltbericht der Stadt Zürich für unsere Stadt umgerechnet. Demnach überschreiten wir also die planetaren Grenzen in fünf Aspekten, besonders krass beim Klimawandel um einen Faktor 8 bis 13 und beim Artensterben etwa um einen Faktor 5 bis 10. Die Situation ist dramatisch – unser Handeln muss radikal sein. Das heißt: Wir brauchen eine global definierte Lebensweise, die ein gutes Leben für alle zehn Milliarden Erdbewohner*innen ermöglicht, natürlich an lokale Gegebenheiten angepasst. Es geht also um Global Climate Justice, angewandt auf Zürich. Es ist die einzige zukunftstaugliche Lebensweise.

Errechnetes Öko-Budget

Die planetaren Belastungsgrenzen definieren ein Öko-Budget. Dem zugrunde liegt ein Basalkonsum von zwei m² geheiztem Schlafraum, Zugang zu einem Commons-Raum von 50 m², 1.600 veganen Kalorien, private Beleuchtung und 20 Liter Warm- und Kaltwasser pro Tag. Außerdem 180 Velo-Kilometer pro Jahr und drei kg Verpackungsmaterial sowie alle nötigen öffentlichen Dienste (Sicherheit, Bildung, Gesundheitsversorgung).

Die planetaren Grenzen erlauben – zum Glück – mehr als dieses physiologische Minimum, weiterer Konsum ist durchaus möglich: Gemäß der »Preisliste« in Belastungseinheiten (abgekürzt Eh) können wir unsere Lebensweise individuell zusammenstellen – dabei bleiben wir immer noch innerhalb der planetaren Grenzen.

Es ist also keine Einheitslebensweise nötig, nur das Einhalten eines Budgets von 100 Eh. Technische Fortschritte sind dabei schon mitberücksichtigt. Eine mögliche A-la-carte-Auswahl pro Jahr könnte also zum Beispiel so aussehen:

18 m ² Wohnfläche:	16,4 Eh
2.000 km im Zug:	5,6 Eh
50 kg vegane Ernährung:	4,4 Eh
40 Liter Milch:	8,8 Eh
10 kg Fleisch:	20,3 Eh
200 Stunden Internet:	22,4 Eh
1.000 kWh Strom:	3,2 Eh
2.000 Liter Trinkwasser:	1,4 Eh
Total:	82,5 Eh

In diesem Beispiel könnten weitere 17,5 Eh konsumiert werden. Etwa mit



▲ Skizze einer Klimagenossenschaft inmitten der Stadt Zürich, in der die Bewohner*innen ihren Alltag so organisiert haben, dass sie klimagerecht leben und die planetaren Grenzen einhalten.
Grafik: P.M./Klimagenossenschaft.ch

einer Reise von 1.000 km per Schiff oder 500 km mit einem E-Auto oder 6.264 km im Zug. Man kann auch Eh einsparen und im nächsten Jahr 1.400 km fliegen. Wer das Internet nur selten braucht, kann stattdessen 183 km Benzinauto fahren. Wer nur ein 14 m²-Zimmer will, kann neun Liter mehr Milch (bzw. 900 g Käse) konsumieren.

Das sieht zwar asketisch aus. Wenn wir jedoch eine ökologische Genossenschaft mit rund 500 Menschen bilden, dann ergeben sich zusätzliche Spielräume. Wir können unsere kleinen privaten Räume durch gemeinsam nutzbare Räume im Erdgeschoss (Mikrozentrum) ergänzen. Wir können gemeinsam Nahrungsmittel beschaffen (bei/mit einer Solawi) und gemeinsam kochen.

Durch Wirtschaften im Großen und Teilen von Ressourcen erreichen wir mühelos einen Lebensstandard, der einem Vier-Sterne-Hotel gleicht – und das innerhalb der planetaren Grenzen! Wir brauchen unser Ökobudget nicht nur individuell abzurechnen, sondern können es als Durchschnittswert von 500 ganz verschiedenen Individuen benützen – was nochmals mehr Freiheiten zulässt. Wir können beispielsweise ein paar Leihautos und Cargobikes mitnutzen, eine Kleiderbörse einrichten, Geräte und Apparate teilen – Medien sowieso.

Wer in die Klimagenossenschaft einzieht, passt die persönliche Lebensweise an die oben definierten ökologischen Grenzen an – und ist bereit, sich monitoren zu lassen; diese Lebensweise kann das Privatleben erheblich verändern. Die Genossenschaft*innen erhalten neben dem Mietvertrag auch einen Teilzeit-Arbeitsvertrag, der die bezahlten oder unbezahlten Tätigkeiten am Betrieb regelt. Damit die Klimagenossenschaft planbar und nachhaltig funktionieren kann, werden sowohl Miet- als auch Arbeitsverträge mit mehreren Jahren Geltungsdauer abgeschlossen.

Wie sieht der Alltag aus?

In der Klimagenossenschaft kann die Haupterwerbstätigkeit auf etwa die Hälfte reduziert werden. Jedoch wird ein ökologisch bedingter geringerer Fleisch-, Wohnflächen- und Transportverbrauch unser monetä-

res Restbudget entlasten. Einen Teil der gewonnenen Zeit können wir im Rahmen der Klimagenossenschaft für allerlei unbezahlte, freiwillige und gemäß persönlichen Vorlieben verteilte Tätigkeiten einsetzen: Landarbeit, Küchen- und Serviceeinsätze, Betreuung (Kinder, Alte, Beeinträchtigte), Unterhalt, handwerkliche Arbeiten, Unterhaltung, gegenseitige Dienstleistungen. Diese Tätigkeiten (wir stellen uns drei Stunden pro Woche vor) verbilligen das Leben in der Genossenschaft und schaffen viele Gratisleistungen. Wer heute seine Ferien in Pauschalresorts bucht, kann das gleich zu Hause haben – ein Grund mehr, nicht so viel heranzureisen (oder ähnliche Genossenschaften in aller Welt zu besuchen).

Die Eh-Wohnflächen können unterschiedlich genutzt werden: als 16 m²-Zimmer in einer Siedlungs-internen Pension, als 14 m²-WG-Zimmer, als Paarstudio (40 m²), als Familienwohnung Leerzeichen (80 m² für vier Personen). Mit geeigneten Jokerzimmern können Wohnflächen an verschiedenste Lebensbedingungen angepasst werden.

Ein geringerer privater Flächenbedarf wird durch großzügige Räume im Erdgeschoss kompensiert, im so genannten Mikrozentrum (insgesamt 2.000 m² – finanziert durch Betriebskostenbeiträge): Co-Working-Räume, Bar, Salons, Restaurant, Wäscherei, Lebensmitteldepot, Werkstätten, Garderoben usw. Insgesamt hat man also Zugang zu mehr Räumen und mehr Komfort als heute.

Ein Haushaltsbudget für eine Einzelperson könnte etwa so aussehen (in Franken): 485 (Wohnen), 300 (Steuern), 300 (Krankenkasse), 300 (Essen und Trinken), 150 (private Dienste), 430 (ÖV, Taschengeld), zusammen 1.965.

Wobei die Ausgaben pro Person bei Familien, Paarhaushalten oder WG-Strukturen geringer sind. Die Ausgaben für Essen & Trinken, private Dienste usw. können größtenteils im Innern der Genossenschaft als Betriebsbeitrag erbracht werden. Da man ja dort selbst unbezahlte Tätigkeitsstunden beisteuert, verbilligen sie sich entsprechend. Mit dem Betriebsbeitrag werden die Dienstleistungen im Mikrozentrum finanziert.

Das Leben in einer Klimagenos-

senschaft ermöglicht es also, nicht nur ökologische Grenzwerte einzuhalten, sondern auch die allgemeine Wirtschaftstätigkeit, das heißt das Wachstum einzuschränken, das ja den Klimaschaden verursacht. Und das ohne Wohlstandsverlust.

Wie ist das organisiert?

Die Klimagenossenschaft agiert wie eine normale Genossenschaft, hat aber eine Betriebsleitung sowie sozialistische Strukturen zur Selbstorganisation. Die Einhaltung der planetaren Grenzen ist Aufgabe der Verwaltung bzw. des Vorstandes; hierzu können Fachleute und Kontrollsysteme beigezogen werden.

Solikom: Die Solidaritätskommission unterstützt Genossenschaft*innen mit geringem Einkommen (Mietreduktion), streckt Anteilschneidkapital vor und hilft in Notlagen aller Art. Sie soll dafür sorgen, dass alle Menschen in der Genossenschaft mitmachen können. Sie ersetzt aber keinesfalls die sozialen Dienste der Stadt.

Lokalrat: Die Mitbestimmung der Bewohnenden wird schon dadurch garantiert, dass sie zugleich Genossenschaft*innen sind. Da jedoch auch Nicht-Bewohnende Genossenschaft*innen sein können, ist ein gesonderter Lokalrat nötig, in dem nur die Mieter*innen (auch von eingemieteten Betrieben) und alle auf den Areal Tätigen (also auch Nicht-Genossenschaft*innen) vertreten sind. Der Lokalrat tagt nach Bedarf und kann Anträge an die Generalversammlung, Wünsche an den Vorstand oder Projekteingaben an die Geschäftsleitung machen. Der Lokalrat verfügt über ein Budget und kann damit kleinere Projekte finanzieren.

Geschäftsleitung: Im Unterschied zu anderen Genossenschaften nimmt diese eine wichtigere Position ein. Sie soll jederzeit den Überblick über das ganze Geschehen haben und für das tägliche Geschäft an Ort und Stelle anwesend sein (in Kombination mit einer Rezeption). Die enge Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung (wo sie Einsitz hat) und eine klare Abstimmung der Aufgaben sind wichtig für das Funktionieren.

Personal: Die Personalabteilung kümmert sich um das von der Genossenschaft angestellte bezahlte Perso-

nal. Sie verwaltet zugleich auch die obligatorische, unbezahlte Arbeit der Genossenschaft*innen und unterhält eine Tätigkeitsplattform für verschiedenste Tätigkeiten (zum Beispiel als Küchenhilfe).

Betriebsleitung: In der Betriebsleitung sind sowohl die Küchenchefin als auch die Einkaufschefin vertreten. Der Betrieb verfügt über ein Budget, das von der Finanz- und Personalabteilung verwaltet wird. (Wenn wir von 300 pro Person und Monat für Kost usw. ausgehen, dann wird dieses rund 1,8 Millionen CHF betragen.)

Als idealen Standort, um eine Art Musterklimagenossenschaft für den ökologischen Stadtbau zu realisieren, sehen wir den jetzigen Carparkplatz beim Hauptbahnhof vor. Auf jeden Fall wäre dieses Projekt inspirierender als der ein Hektar große Parkplatz an bester Lage. Und: Jede geeignete Ansammlung von Gebäuden, die der anvisierten Größenordnung entspricht, kann in eine Klimagenossenschaft umgewandelt werden. Somit kann der Stadtbau an jeder Ecke beginnen.

Infos:
www.klimagenossenschaft.ch

Das Konzept der Nachbarschaften für 500 Menschen haben der Zürcher Schriftsteller P.M. sowie weitere Autor*innen in ihrem neuen Buch »Auf den Boden kommen« skizziert (vgl. CONTRASTE Nr. 453, Juni 2022).
Siehe auch: www.neustart-schweiz.ch

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Solidarischer Handel mit ausländischen indigenen Gemeinden in Oaxaca - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

ÜBER DEN TELLERRAND

NORDOSTSYRIEN

Angriffe auf das Gebiet der autonomen Selbstverwaltung

In der Nacht vom 19. auf den 20. November schlugen die ersten türkischen Bomben in den Städten Kobanê, Dirbesiye, Zirgan und in der Region Dêrik ein. Auch zivile Ziele wie ein Stromwerk und ein Krankenhaus waren im Visier. Die Türkei missachte damit systematisch die Menschenrechte und verstoße gegen das Völkerrecht, so medico international. Die Bedrohung sei für die Menschen in der Region existentiell.

ANITA STAROSTA, MEDICO INTERNATIONAL

Es war nur eine Frage der Zeit, bis das türkische Militär erneut Angriffe auf das Gebiet der autonomen Selbstverwaltung in Nordostsyrien startet. (...) Wie lange die Angriffe anhalten werden, ist unklar. Für die Bevölkerung bedeutet dies eine extreme Belastung und existentielle Bedrohung.

Seit dem Bombenanschlag auf der zentralen Einkaufsstraße Istiklal in Istanbul mit sechs Toten und 80 Verletzten scheint der Wahlkampf der AKP begonnen zu haben – im Juni 2023 finden in der Türkei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Trotz zahlreicher Ungeheimheiten (...) hält die türkische Regierung an dem Vorwurf fest, der Anschlag habe im Auftrag der PKK bzw. PYD stattgefunden. (...) Es ist eine inzwischen hinlänglich bekannte Methode der AKP-Regierung, Terroranschläge für die Mobilisierung nationaler Einheit zu instrumentalisieren. Besonders wenn Referenden oder Wahlen anstehen, ist die Sicherheitspolitik ein Vehikel, um die Bevölkerung an die Regierung zu binden. Dabei geht es besonders oft gegen die Kurd*innen im eigenen Land und an den Grenzen zu Syrien und Irak. So auch jetzt.

Anlass abzulenken, gibt es zudem nicht nur angesichts der hohen Inflation und schlechten wirtschaftlichen Aussichten, die die Umfragewerte für die AKP in den Keller sinken ließen. Zudem gab es in den letzten Wochen vermehrt Kritik am Einsatz von Giftgas gegen die Guerillaeinheiten der PKK im Nordirak. Auch hat



▲ Spuren der türkischen Luftangriffe auf die kurdische Selbstverwaltung in Nordostsyrien

Foto: Rojava Information Center

Erdogan bis zuletzt Schweden unter Druck gesetzt, dem NATO-Beitritt des Landes nur zuzustimmen, wenn die schwedische Regierung sich von der autonomen Selbstverwaltung distanzieren und ihre Unterstützung einstellen. Die Luftangriffe unterstreichen die türkische Position deutlich.

Seit Monaten forciert Erdogan eine erneute militärische Bodenoffensive in der Region und kündigte immer wieder an, einen 30 Kilometer tiefen Streifen jenseits der syrischen Grenze komplett einnehmen zu wollen, um eine sogenannte Sicherheitszone zu errichten. Zuletzt fokussierte er sich in seinen Drohungen auf die Region um Kobanê und Manbij – also die westlichen Gebiete der Selbstverwaltung. Für eine solche Bodenoffensive erhielt er bislang kein grünes Licht, doch Russland und die USA kontrollieren den Luftraum über der Region und

müssen den aktuellen Luftangriffen zugestimmt haben. Vermutlich hat die erfolgreiche Vermittlerrolle der Türkei im Ukraine-Krieg sie dazu bewogen. Und einen weiteren Konflikttherd kann sich niemand leisten.

Bis dato schweigen alle NATO-Staaten zu den Angriffen. Auch von der Bundesregierung ist nichts zu vernehmen. Beileid oder die Zusicherung von Aufklärung wie nach dem tödlichen Raketeneinschlag in Polen vor wenigen Tagen: Fehlanzeige. Ob das Schweigen aufrechterhalten werden kann, wird sich zeigen. Der außenpolitische Sprecher der Grünen, Jürgen Trittin, und das grüne Mitglied im Auswärtigen Ausschuss Max Lucks fanden schon deutliche Worte. Sie verurteilten den Militärschlag, forderten den sofortigen Stopp der Angriffe sowie eine rechtsstaatliche Ermittlung des Istiklal-Anschlags. (...)

Die Türkei missachtet systematisch die Menschenrechte und verstößt gegen das Völkerrecht. Die militärische Bedrohung ist für die Menschen in der Region existentiell – seit Monaten leben sie im Ausnahmezustand. Das wirkt sich auch auf die soziale Infrastruktur aus, Schulen und andere Einrichtungen müssen immer wieder schließen. Außerdem wächst die Bedrohung durch den IS – immer noch sind tausende IS-Kämpfer in Gefängnissen der Region untergebracht, im Angriffsfall müssen sie besonders gesichert werden. Sollte ein Gefängnis getroffen werden oder die Insassen einen Aufstand anzetteln, stärkt dies die Terrormiliz. Diese permanente Bedrohung zermürbt die Bevölkerung.

Das Verteidigungsministerium in Ankara beruft sich zur Rechtfertigung der Luftangriffe auf das Recht zur Selbstverteidigung in der Charta

der Vereinten Nationen – nicht mehr als eine rhetorische Worthülse. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hatte bereits bei den größeren türkischen Militäroperationen in Afrin (2018) und Serêkaniyê (2019) festgestellt, dass sie gegen Völkerrecht verstoßen. Zu keinem Zeitpunkt hatte eine Bedrohung bestanden, die ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt hätte. Ähnlich sieht die Lage jetzt aus. Ein Eingreifen ihrer NATO-Partner muss die türkische Regierung nicht befürchten, zu offensichtlich wird ihr freie Hand gelassen. Hier geht es nicht um »feministische Außenpolitik«, um Menschenrechte oder Demokratie, hier geht es um Geopolitik und Machtverteilung in einer neuen Weltordnung. (...)

Dieser Beitrag erschien am 21. November auf dem Blog von medico.de.

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Festkleben auf der Autobahn - eine Straftat?

Um wirksamere Klimaschutzmaßnahmen durchzusetzen, blockieren Aktivist*innen seit einigen Monaten mit spektakulären Anklebeaktionen Autobahnen und Abfahrten. Jetzt laufen die ersten Strafprozesse an. Doch sind solche Aktionen eine Straftat? Daran äußert Prof. Dr. Tim Wihl vom Lehrstuhl für Theorie der Politik der Humboldt-Universität zu Berlin in einem Beitrag auf Legal Tribune Online starke Zweifel. Der übliche Vorwurf der Nötigung könnte ins Leere laufen, da »die Blockaden eben doch als Versammlungen gerechtfertigt sein können und die Verwerflichkeit der Nötigung aufheben«. Er argumentiert zudem mit dem rechtfertigenden Notstand: »Gerade in der Klimakrise besteht jedoch eine Art »Notstand in Permanenz«. Ungeduldige Protestformen, die auf maximale Aufmerksamkeit zielen, werden daher an Bedeutung noch gewinnen. Eine autoritäre Verhärtung ist der Republik als Reaktion nicht zu empfehlen, selbst wenn es um das Auto und die liebe Ordnung geht.«

Link zum Artikel: <https://bit.ly/3NpagPK>

Sicherheit und Anonymität im Internet

Unter diesem Titel ist 2020 ein Buch von Thorsten Petrowski erschienen (Rottenburg, 254 Seiten, 19,99 Euro). Dort werden die Gefahren und Gegenmaßnahmen der Bedrohungen bei verschiedenen Onlineanwendungen schlüssig und nachvollziehbar erklärt – durchgehend präzise, umfangreich und anschaulich. Es geht um das Verhalten auf Internetseiten, den Umgang mit Mails und Smartphones. Extrakapitel sind besonderen Sicherheitsmaßnahmen wie dem anonymen Surfen und der Softwaresammlung für Sticks namens »Tails« gewidmet.

Verfahren um Autobahnabseilaktion eingestellt

Es war das erste größere Strafverfahren wegen einer Abseilaktion über einer Autobahn. 2015 hatten Aktivistis die damalige A61 mit dieser Aktionsform zum Stillstand gebracht, so dass Hunderte Kohle-

gegner*innen diese gefahrlos überqueren und in den Tagebau Garzweiler eindringen konnten (Aktion »Ende Gelände«). Der Versuch, drei Angeklagte für diese wichtige Hilfe der ersten großen Tagebaubesetzung zu verurteilen, scheiterte an einer geschickten Verteidigung, bei der auch drei Laienverteidiger*innen halfen und nachwiesen, dass sich die Kletternden nie im offiziellen Lichtraum der Straße befanden. Der endet nämlich bei Autobahnen in 4,70 Meter Höhe, bei anderen Straßen sogar schon in 4,50 Meter. Die Einstellung ist nun das Eingeständnis, dass der Strafvorwurf des gefährlichen Eingriffs wohl nicht zutrifft. Andere Gerichte probieren sich nach ähnlichen Aktionen 2020 und 2021 weiter, teils mit bemerkenswerter juristischer Phantasie des Uminterpretierens von Paragraphen, beispielsweise zur Nötigung oder zum Hausfriedensbruch.

Sonderfall Straftaten mit Antragsvorbehalt

Bei Hausfriedensbruch gilt immer, dass eine Strafverfolgung nur auf

Antrag des Betroffenen erfolgt, bei Beleidigung oder einfachen Formen von Sachbeschädigung und Körperverletzung ist das meistens so. Wenn die sogenannten Geschädigten das Gerichtsverfahren nicht wollen, findet es auch nicht statt. § 158 StPO sagt: »Bei Straftaten, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, muss der Antrag bei einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft schriftlich oder zu Protokoll, bei einer anderen Behörde schriftlich angebracht werden.« Die Frist beträgt drei Monate – ab dem Tag, an dem der Antragsberechtigte von der Tat Kenntnis erhalten hat. Das schafft Handlungsmöglichkeiten, ein Verfahren auch außerhalb des Gerichtssaales zu führen – nämlich durch Aktionen gegen die strafantragstellenden Konzerne, staatliche Institutionen oder andere politische Gegner*innen. Wer zum Beispiel beim Containern erwischt und angezeigt wird, kann mit Aktionen vor oder im Geschäft den Inhaber*innen deutlich vermitteln, dass die entstehende Öffentlichkeit eher für sie selbst und ihre Wegwerfkultur schädlich sein wird. Gleiches gilt bei Haus- und Flächenbesetzungen oder politische Kritik an

Akteur*innen, die diese als Beleidigung werten und anzeigen.

Interesse an Gerichtsprozessstrainings?

Immer mehr politisch aktive Menschen entdecken die Möglichkeiten, vor Gericht eine aktive Rolle zu spielen und sich nicht eingeschüchert hinter professionellen Jurist*innen zu verstecken. Um dabei Fehler zu vermeiden und die Möglichkeiten der Strafprozessordnung für eine optimale Verteidigung Richtung Freispruch oder zumindest Einstellung sowie für politische Beiträge nutzen zu können, sind Fachwissen und Übungen nötig. Das Rüstzeug dafür lässt sich aber an einem Wochenende gut vermitteln. Das geschieht bei Gerichtsprozessstrainings, die oft mehrmals pro Monat angeboten werden.

Interessierte können sich unter <https://bit.ly/3DSYI45> auf die entsprechende Mailingliste eintragen. Wer das tut, bekommt die nächsten Termine mitgeteilt.

Link: prozestipps.siehe.website

Jörg Bergstedt



EINIGE GRUNDSÄTZE

Ziviler Ungehorsam und gewaltfreier Widerstand

Im Folgenden soll versucht werden, einige wesentliche Begriffe im Kontext »Ziviler Ungehorsam und Gewaltfreier Widerstand« zu besprechen. Eine umfassende Theorie kann ein so kurzer Artikel natürlich nicht bieten. Wer tiefer einsteigen möchte, kann in den Literaturhinweisen im Infokasten auf Seite 11 stöbern.

MARTIN SINGE, BONN

Ziviler Ungehorsam ist ein Sammelbegriff für ganz verschiedene Aktionsformen, die beim gewaltfreien Widerstand (bis hin zum gewaltfreien Aufstand) eine Rolle spielen können. Gewaltfreier Widerstand zielt – normalerweise innerhalb eines Staates – auf die Veränderung einer Unrechtsituation ab. Wenn zu Methoden des zivilen Ungehorsams gegriffen wird, sollten alle legalen Protestmöglichkeiten ausgeschöpft sein oder weiterhin eine parallele Rolle spielen. In der Regel beruft sich ziviler Ungehorsam (im Folgenden: ZU) auf vom Staat selbst definierte Grundprinzipien, die verletzt werden, oder auf vorgelagertes Recht wie die Allgemeinen Menschenrechte oder das Völkerrecht. Der Gerechtigkeitsbegriff spielt in all diesen Widerstandsformen eine wesentliche Rolle. Es muss immer darum gehen, direkte oder strukturelle Gewalt (nach Johan Galtung) zu überwinden, um für die Gesamtgesellschaft einen insgesamt gerechteren Zustand zu erreichen, was wiederum nicht auf Kosten anderer Gesellschaften geschehen darf.

Vor dem Entschluss zu Aktionen ZU ist eine gründliche Analyse notwendig, die die Stützen des Rechtssystems untersucht, Veränderungshebel zu entdecken sucht, konstruktive Alternativen entwickelt und die Auswirkungen möglicher Aktionen bedenkt. Henry David Thoreau (1817-1862), einer der Begründer der Theorie des ZU und Steuer-Verweigerer gegen den Krieg der USA gegen Mexiko, schrieb: »Wenn aber das Gesetz so beschaffen ist, dass es notwendigerweise aus dir den Arm des Unrechts an einem anderen macht, dann, sage ich, brich das Gesetz. Mach` dein Leben zu einem Gegengewicht, um die Maschine aufzuhalten. Jedenfalls muss ich zusehen, dass ich mich nicht zu dem Unrecht herbeige, das ich verdamme.« (in: Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat, 1849). Thoreau macht hier deutlich, dass gewaltfreier Widerstand meist bei einem selbst beginnt. Wir alle sind in Unrechtssysteme und Unrechtssituationen vielfach eingebunden. An diesem Punkt setzen alle Aktionsformen von Verweigerung und Boykott an, indem man sich selbst weigert, weiterhin als Systemstütze zur Verfügung zu stehen. Solches Handeln ist in manchen Staaten – oft nach langen politischen Kämpfen – legalisiert worden, wie zum Beispiel die Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland (wenn auch eingeschränkt). Oft genug werden solche Verweigerungshand-



▲ 50 Jahre lang kämpfte Mohandas Karamchand Gandhi konsequent und gewaltfrei für die Unabhängigkeit Indiens.

Foto: pinn (flickr.com/CC)

lungen bzw. Boykottaktionen staatlich verfolgt und bestraft.

Viele Kriegsdienstverweigerer begnügen sich nicht mit dem reinen Nein-Sagen, sondern werden darüber hinaus in Bewegungen aktiv, die langfristig einen Staat ohne Armee anstreben. So ist zum Beispiel in der BRD der Bund für Soziale Verteidigung als konstruktive Alternative zur Bundeswehr gegründet worden. Ohne dieselben Ziele verteidigen zu wollen wie der Staat, ging es doch darum, im Prozess des Aufbaus alternativer gewaltfreier Verteidigungsformen in einen generellen gesellschaftlichen Veränderungsprozess einzutreten. Als Beispiele für Versuche konstruktiver legaler Rolleninnovation auf dem Gebiet Krieg/Frieden können auch der Zivile Friedensdienst, die Peace Brigades International, Internationale Versöhnungsdienste etc. genannt werden.

In der Regel ist ZU in ein strategisches Konzept eingebunden. In einem gewaltfreien Eskalations-szenarium beginnen die Aktionen mit legalen Mitteln. Immer sollten sich die Aktivitäten auf die beiden Ebenen Subversion/Konstruktion parallel beziehen. Das heißt, dass der angestrebte Zustand zumindest im Keim dem Kritisierten gegenübergestellt wird. Wer zum Beispiel gegen den Atom Müll im Castor-Transport demonstriert, wird gleichzeitig dafür werben, den Strom bei alternativen Anbietern (zum Beispiel bei

den Stromrebellern von Schönau) zu kaufen. Wer die Ausbeutung von Kaffeebauern in der »Dritten Welt« kritisiert, wird Eine-Welt-Läden unterstützen und dafür werben. Die Eskalationsleiter steigt sich in der zweiten Stufe im Bereich Subversion vom Protest zur legalen Nichtzusammenarbeit und im Bereich Konstruktion von funktionalen Demonstrationen zu legalen Rolleninnovationen. Auch diese zweite Stufe bleibt im legalen Bereich, bedeutet aber eine Steigerung hinsichtlich der Reichweite des Eingriffs in das System selbst, bedeutet also bereits eine Systemveränderung. In der dritten Stufe wird die (formale) Legalität außer Kraft gesetzt, sozusagen in Bezug auf das angestrebte Ziel aufgehoben. Dem zivilen Ungehorsam auf dieser Ebene entspricht als konstruktives Element die zivile Usurpation (lt. Lexikon: widerrechtliche Inbesitznahme, Anmaßung der öffentlichen Gewalt, gesetzwidrige Machtergreifung). Ein weitgehendes Beispiel für diese Ebene wäre etwa bei einem gewaltfreien Aufstand die Machtübernahme. Beispiele dafür kennen wir aus der eigenen Geschichte aus der Zeit von Oktober/November 1989. Während der gewaltfreie Aufstand ein Unrechtssystem insgesamt überwinden will, dient die Soziale Verteidigung der Absicherung eines relativ gerechten Zustandes gegen innere oder äußere Bedrohungen.

Wer immer zu Aktionen gewaltfreien Widerstands oder zivilen Ungehorsams greift, braucht Mut. Wer sich heute vor ein Kasernentor setzt, um gegen verbrecherische Kriege zu demonstrieren, wird schnell staatspolizeilich verprügelt, inhaftiert und vor Gericht gestellt. Dennoch ist auch der zivile Ungehorsam rechtlich rechtfertigbar, wie die Juristen sagen. Zumindest dann, wenn RichterInnen das eigene Rechtssystem hinreichend begreifen würden und einfach gesetzliche Strafregelungen im Kontext von Grundrechten, Menschenrechten und Völkerrecht interpretieren würden. Das passiert leider zu selten, weil die meisten RichterInnen die Staatskonformität sozusagen im Blute haben.

Deshalb werden Aktionen zivilen Ungehorsams in der Regel in einer Gruppe vorbereitet, im gewaltfreien Aktionstraining eingeübt, um als Gruppe gemeinsam solidarisch Stärke entwickeln und Ängste überwinden zu können. Der Schritt zum Ungehorsam wird in der Gruppensolidarität leichter, aber die Entscheidung muss jede*r für sich treffen.

leicht gekürzt aus: Friedensforum 5/2004

Martin Singe ist einer der Sprecher* der Kampagne »Büchel ist überall! - atomwaffenfrei. jetzt.« (siehe CONTRASTE Nr. 428, Mai 2020)

ZIVILER UNGEHORSAM IM LAUF DER GESCHICHTE

Von Plutarch bis zur »Letzten Generation«

Einige Schlaglichter auf die Historie des zivilen Ungehorsams beleuchten dessen Entwicklung und Wirksamkeit bis heute.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Ziviler Ungehorsam hat eine lange Geschichte – schon der antike Philosoph Plutarch hat darüber geschrieben. Dass Menschen als Sklaven eines Alleinherrschers lebten, sei nur deshalb möglich, weil sie eine einzige Silbe, nämlich »Nein« nicht aussprechen könnten. Unter anderen ließ sich der französische Richter und Schriftsteller Etienne de la Boétie (1530-1563) von Plutarch inspirieren: In seiner »Abhandlung über die freiwillige Knechtschaft« erklärt er, dass die Unterdrückung vieler Menschen durch einen Einzigen nur so lange möglich ist, wie die vielen sich unterwerfen, statt sich kollektiv zu widersetzen.

Formen des zivilen Ungehorsams waren und sind vielfältig und wandelbar. Sie reichen von Flugblättern über Nichtzusammenarbeit, Steuerweigerung bis zu gezielten Regelverletzungen,

Go-ins, Blockaden und Hungerstreiks. Letztere wurden auch von den englischen Suffragetten angewendet, um das Frauenwahlrecht durchzusetzen, was ihnen nach langen Kämpfen 1928 schließlich gelang. Ihre Geschichte zeigt exemplarisch, dass unter anderem Beharrlichkeit ein Merkmal zivilen Ungehorsams ist. Ein weiteres Charakteristikum ist Gewaltfreiheit. Das belegt auch Gandhis Kampf um die Unabhängigkeit Indiens von der britischen Kolonialherrschaft. Für dieses Ziel engagierte er sich 50 Jahre lang konsequent und gewaltfrei. Viele Jahre verbrachte er dafür im Gefängnis.

Das bekannteste Beispiel dieses Einsatzes ist der »Salzmarsch« gegen das Salzmonopol der Briten im Jahr 1930. Indische BürgerInnen durften weder Salz herstellen noch verkaufen. Nach einem 385 Kilometer langen Protestmarsch mit 78 AnhängerInnen zum Arabischen Meer hob Gandhi das Meersalz aus dem Wasser. Zahllose InderInnen begannen daraufhin, ihr Salz selbst zu gewinnen, indem sie Salzwasser in einer Schüssel in die Sonne stellten und verdunsten ließen. An

die 50.000 InderInnen wurden deswegen verhaftet. 1947 verkündete Großbritanniens Premierminister schließlich die Unabhängigkeit Indiens.

Inspiziert von Gandhi kämpfte Martin Luther King in den 1950er und 1960er Jahren mit Unterstützung Hunderttausender gewaltfrei für die Rechte Schwarzer US-Bürger. Ein markanter Akt zivilen Ungehorsams war dabei die Weigerung der Schwarzen Rosa Parks, ihren Platz im Bus für einen Weißen zu räumen. Deshalb wurde sie verhaftet, und der folgende Bus-Boycott der afro-amerikanischen EinwohnerInnen Montgomerys/Alabama führte letztlich zur gesetzlichen Aufhebung der Rassentrennung in den USA durch den Civil Rights Act 1964.

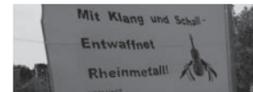
Ebenfalls in den USA stritten die Jesuitenpater Daniel und Philipp Berrigan zivil ungehorsam gegen den Vietnam-Krieg, indem sie Musterungsakten unbrauchbar machten. Als Mitglieder der Gruppe »Plowshares Eight« drangen sie 1980 in die Atomwaffenfabrik von General Electric ein und traktierten Waffenteile mit Hammerschlägen. In ihrer Nachfolge sind bis heute die »Kingsbay

Plowshares 7« antimilitaristisch aktiv. Sie verbüßten Haftstrafen für ihr Eindringen in das Hafengelände der Atom-U-Boote in Georgia und symbolische Zerstörungen darin. Vor Gericht plädierten sie für »nicht schuldig«, vielmehr hätten sie versucht, das Verbrechen eines »Omnicids« durch Atomwaffen zu verhindern.

In Deutschland sind Akte zivilen Ungehorsams in jüngster Zeit vermehrt von Klima-AktivistInnen bekannt geworden: Schulstreiks durch die »Fridays for Future«, Go-Ins in Braunkohle-Gruben durch AktivistInnen von »Ende Gelände«, Straßenblockaden von »Extinction Rebellion« (»Aufstand gegen das Aussterben«), Hungerstreik, Autobahn-Blockaden und Bewerfen von Museumsbildern durch Mitglieder der »Letzten Generation«.

Zivilen Ungehorsam leisten derzeit auch Tausende Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine. Eine Chance auf Asyl in der BRD haben sie aufgrund aktuell geltender Bestimmungen kaum.

(siehe auch Interview auf Seite 12)



DAS ZIVIL UNGEHORSAME AKTIONSORCHESTER

Lebenslaute – die Magie des Orpheus

Immer wieder begleitet das Aktionsorchester »Lebenslaute« politische Gruppen, die Missstände in der Gesellschaft mit Direkten Aktionen anprangern, oder greift selbst zum Mittel des Zivilen Ungehorsams. Gerd Büntzly gehört zu den »alten Hasen« der tönenden Widerständler*innen.

GERD BÜNTZLY, HERFORD

Die musikalische Aktionsgruppe Lebenslaute gibt es seit 1986, sie wurde 2014 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Am Anfang standen die Proteste gegen die Pershing-Raketen der USA in Mutlangen auf der Schwäbischen Alb und gegen Militär und Rüstung allgemein. Weitere Themen waren Atomkraft, die Situation von Geflüchteten oder die Gentechnologie. Einmal (2018) blockierten wir das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Anlass dafür war die skandalöse und bisher immer noch im Dunkeln liegende Rolle des Geheimdienstes bei den über zehn Jahre unaufgeklärten Mordtaten des sogenannten NSU (Nationalsozialistischer Untergrund).

Die Form einer Lebenslaute-Aktion ist die eines klassischen Konzertes, inzwischen mit etwa 100 Personen in Chor und Orchester. Nicht ohne Grund steht die Figur des Orpheus am Beginn von Lebenslaute: Musik verzaubert und deeskaliert, sie vermag die Steine zu rühren. Wir brauchten kaum je Diskussionen zum Thema Gewalt zu führen. Die Aktionsform schloss Gewalt von vornherein aus, und auch wer sich nicht als prinzipiell gewaltfrei definieren wollte, akzeptierte die Aktionsform, weil sie einfach als effektiv empfunden wurde. Und wer mit klassischer Musik gar nichts anfangen kann, aber trotzdem mitmachen will, kann sich in der Aktionsunterstützung einbringen.

Wir wollen nicht nur brennende Probleme dramatisieren, sondern damit auch Initiativen stärken, die daran arbeiten. Jedes Jahr planen wir (meist am ersten Januarwochenende) eine Aktion, die dann im Sommer stattfindet. Alle unsere Versammlungen sind offen, wir bemühen uns um Basisdemokratie. Das bedeutet viele, oft nervige Diskussionen, die wir aber durch unsere Gliederung in Bezugsgruppen zu vereinfachen suchen. Die Organisation ist inzwischen recht gut eingespielt; es gibt Arbeitsgruppen, von denen einige beinahe das ganze Jahr über tätig sind. Zentral ist dabei die Musikvorbereitung, aber ebenso wichtig ist die Aktionsunterstützung, die im Hintergrund arbeitet und Zelte, Regenschutz oder Hilfsmittel



▲ Aktionskonzert der »Lebenslaute« im Braunkohle-Loch Garzweiler

Foto: Lebenslaute 2021

bereitstellt. Ganz zu schweigen von der Küche, der oft viel Flexibilität abverlangt wird. Inzwischen hat auch die Pressegruppe regelmäßig zu tun, denn es gibt mehrere regionale Gruppen (in Hessen, Berlin, Ruhrgebiet, im Raum Stuttgart), die zwischen den großen Jahresaktionen eigene Aktionen veranstalten.

»Das ist ja alles schön und gut, was ihr da macht«, sagen viele Leute, »aber nützt es denn auch was?« Ja, können wir sagen: Es nützt was. Etwa im Dorf Gruorn auf der Schwäbischen Alb, das in den 1930er Jahren von den Nazis für die Erweiterung eines Militärgeländes geräumt und nach dem Krieg von der französischen Armee genutzt wurde. Heute ist es ein Naturschutzgebiet. Ein weiteres Beispiel für Erfolge ist die Wittstocker Heide zwischen Hamburg und Berlin, von der Wehrmacht und anschließend der Roten Armee als Bombenabwurfplatz missbraucht und erst nach langen Kämpfen an die Gemeinden zurückgegeben. Auch in Wackersdorf und Gorleben war Lebenslaute. Natürlich ist Lebenslaute nicht allein die Ursache für die Erfolge. Man kann das ja sowieso nicht wirklich messen.

Es hat in den letzten Jahren bei den Lebenslaute-Aktionen immer wieder auch Feststellung von Personalien gegeben, aber keine Strafverfolgung (mit Ausnahme von 2021, dem Jahr unserer Aktion in der Braunkohle im Rheinland,

RWE lässt grüßen). Polizei und Behörden lassen sich oft gar nicht so ungern von unserer Musik verzaubern. Ein Überraschungserfolg war der Freispruch für drei Mitglieder der Lebenslaute im März 2022 wegen eines Aktionskonzerts im Braunkohle-Tagebau Garzweiler. Über mehrere Stunden standen im Sommer 2021 aufgrund dessen verschiedene Kohleförderbänder still, eine Werkstraße im Tagebau war blockiert. Ein Kohlebagger musste den Betrieb einstellen. Das Amtsgericht Mönchengladbach befand, dass der Energiekonzern RWE mit solchen geringfügigen Störungen zurechtkommen müsse. RWE greife seit Jahrzehnten massiv in das Leben in der Region ein, zum Beispiel mit der Umsiedlung ganzer Dörfer. Da sei ein wenig Protest hinnehmbar. Allerdings wurde dieses Urteil vom Oberlandesgericht Düsseldorf aufgehoben.

Es ist immer eine spannende Aufgabe, sich Musik zu überlegen, wenn wir ein Thema gefunden haben, das wir im kommenden Jahr bespielen wollen. Wie zum Beispiel sollten wir Musik aus früheren Jahrhunderten mit dem Thema »Autobahnbau« (unsere Aktion des vergangenen Jahres) in Verbindung bringen? Wir wählten den »Hymnus an die Sonne« von Lili Boulanger und den Chor »Weh, das Ungewitter naht« von Joseph Haydn, um damit auf die Gefahr des Klimawandels und die Möglichkeiten erneuerbarer Energie hinzuweisen. Mit Tanzsätzen feiern wir das Leben.

Das Aktionstraining ist integraler Teil jeder Aktionsvorbereitung. Wir üben Situationen, die in der Aktion erwartet werden, zum Beispiel, sich von der Polizei wegtragen zu lassen oder eine Polizeikette zu »durchfließen«. Zusätzlich wird der genaue Ablauf der Aktion diskutiert.

Mit dem Wetter haben wir meistens Glück gehabt, aber ich erinnere mich an zwei Aktionen, die völlig verregnet waren: Einmal in Eisenhüttenstadt 2014 und in Jagel in Schleswig-Holstein 2017. Das hatte aber kaum Auswirkung auf unsere Stimmung, denn die Aktionsunterstützung kam immer mit Pavillons, Zelten etc. Dass die Aktion gar nicht funktioniert, passiert nur sehr selten.

Es gibt durchaus sich als politisch verstehende Chöre und Orchester, aber der konsequente Einsatz klassischer Musik gegen die Herrschaft ist einmalig (und bisher auch auf Deutschland beschränkt). Vergleichen können wir uns allenfalls mit der russischen Band »Pussy Riot« oder, auf dem Feld der bildenden Kunst, mit dem »Zentrum für politische Schönheit«.

Literaturtipps: Widerständige Musik an unmöglichen Orten. 33 Jahre Lebenslaute. Verlag Graswurzelrevolution, 2020, 25 Euro
Link: lebenslaute.net

RÜCKBLICK

40 Jahre Gorleben

Der Widerstand gegen das geplante Atom-müllendlager im Wendland ist legendär. Zehntausende widersetzten sich mit Blockaden den Castor-Transporten nach Gorleben. 2017, als der folgende Artikel im Mittelungsblatt »ausgestrahlt« erschien, war das »Happy End« noch nicht absehbar. 2020 wurde Gorleben vom Standort-such-Verfahren als nicht geeignet ausgeschlossen. »ausgestrahlt«-Redakteur und Aktivist Jochen Stay konnte es noch erleben. Er starb 2022 (siehe CONTRASTE Nr. 449). Es folgt seine (gekürzte) Bilanz zum 40-jährigen Widerstands-Jubiläum:

JOCHEN STAY, AUSGESTRAHLT

Die ersten vier Jahrzehnte des Gorleben-Widerstandes sind eine Erfolgsgeschichte – doch ihr

fehlt bisher das Happy-End. Gorleben steht seit der Standortbenennung im Februar 1977 für eine üble und für eine ermutigende Geschichte. Einerseits ist es der Ort, an dem Staat und Industrie seit 40 Jahren versuchen, umstrittene Atomprojekte mit allen Mitteln gegen die Bevölkerung durchzusetzen: mit Lug und Trug, mit viel Geld, mit Polizeigewalt, indem sie kritische Wissenschaft mundtot machen, mit Überwachung, juristischen Tricks, durch Kriminalisierung, Schein-Dialoge, Einschüchterung und dem Ausblenden geologischer Tatsachen. Andererseits ist Gorleben der Ort, der gezeigt hat, dass es die scheinbar Mächtigen unendlich schwer haben, ihre Pläne durchzusetzen, wenn sich die scheinbar Ohnmächtigen zusammenschließen und wehren.

Wer hat den längeren Atem? Viel hat der Widerstand bereits erreicht: Das AKW-Projekt bei Langendorf gestoppt. Die Plutoniumfabrik, verharmlosend »Wiederaufarbeitungsanlage« (WAA) genannt, in Gorleben wie im nahegelegenen Dragahn verhindert. Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) zum Umpacken von hochradioaktivem Müll ist nie in Betrieb gegangen. In die Castor-Halle rollten in 30 Jahren ganze 13 Transporte, obwohl die Betreiber eine Atom-müll-Fuhre pro Woche geplant hatten; inzwischen gilt ein gesetzlicher Castor-Stopp. Das geologische Tiefenlager im Salzstock, das Ende der 1990er Jahre in Betrieb gehen sollte, hat der Widerstand immer weiter verzögert; seit 2012 gibt es einen Baustopp. Die Geschichte von Gorleben ist eine Erfolgsgeschichte – nur bisher ohne Happy End.

Denn auch wenn im wendländischen Widerstand inzwischen die dritte und vierte Generation aktiv ist, bleibt weiter offen, wer am Ende den längeren Atem hat. Seit dem letzten Castor-Transport 2011 ist es von außen betrachtet ruhiger geworden, auch wenn in der Region die Wachsamkeit nicht nachgelassen hat. Doch die Ruhe ist trügerisch: Gorleben ist noch lange nicht vom Tisch.

113 Castor-Behälter voll hochradioaktiver Abfälle stehen im oberirdischen Zwischenlager. Die Halle ist für 40 Jahre genehmigt, bis 2034, für denselben Zeitraum sind auch die Castoren ausgelegt. Was danach mit dem Atom-müll

geschehen soll, ist völlig unklar. Denn ein geologisches Tiefenlager wird es bis dahin mit Sicherheit nicht geben – selbst im besten Fall wird das Jahrzehnte länger dauern. So steht also im Wald bei Gorleben eine nukleare Altlast allerhöchster Brisanz. (...)

Der Streit um Gorleben findet derzeit eher selten auf der Straße statt. Umso wichtiger ist es, dass sich die Aktiven aus dem Wendland mit anderen Betroffenen zusammenschließen. Es gibt 17 Zwischenlager-Standorte in Deutschland, die alle gemeinsam das Problem haben, dass das Haltbarkeitsdatum der Castor-Behälter näherrückt. Zudem werden bald zahlreiche Regionen als potenzielle Standorte eines geologischen Tiefenlagers ausgewählt werden. Da ist Solidarität und Zusammenarbeit gefragt und die Weitergabe von Know-how in Sachen Protest und Widerstand. Alle Regionen gemeinsam müssen deutlich machen, dass sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, und ein konsensorientiertes Verfahren mit echter Beteiligung und Vetorecht aller Betroffenen verlangen.

Und im Wendland selbst? Da müssen diejenigen, die nach der Standortbenennung 1977 geboren sind, in die Verantwortung dafür gehen, was in den nächsten 40 Jahren in Gorleben passiert. Damit die Geschichte auch wirklich ihr Happy-End bekommt.

aus: »ausgestrahlt« Nr. 34/2017
Link: www.ausgestrahlt.de

ANZEIGE



Rohstoffe –
auf ins grüne Glück?

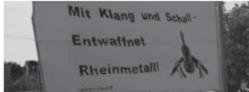
Außerdem: Wahlen in Bosnien | Chile nach dem Referendum | Restitution in Frankreich

52 Seiten, € 6,-

iz3w

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



ERFAHRUNGEN MIT ZIVILEM UNGEHORSAM UND SEINEN FOLGEN

»Gewaltfreiheit unterhöhlt das Gewaltsystem«

Gerd Büntzly, 73, ist Musiker und Philologe. Sein langjähriges Engagement bei Lebenslaute und gegen Atomwaffen hat ihn unter anderem auch zu Aktionen Ziviler Ungehorsams motiviert. Für seine Überzeugung ist er mehrfach ins Gefängnis gegangen. Für CONTRASTE erläutert er seine Beweggründe und die Konsequenzen.

GERD BÜNTZLY, HERFORD

Nachdem ich inzwischen viermal für meine Überzeugung im Gefängnis gewesen bin, wenn auch jeweils nur für wenige Tage, schien es mir, ich sollte auch anderen nahebringen, was mich dazu bewogen hat. Daher halte ich hin und wieder auch Vorträge. Das Konzept des Zivilen Ungehorsams fasziniert mich bereits seit vielen Jahren. Grundlage dafür waren die Schriften von Henry David Thoreau, Leo Tolstoi und Mahatma Gandhi. In den 1980er Jahren studierten wir mit Begeisterung die Bücher von Theodor Ebert, wir wurden Mitglied bei der WRI (War Resisters' International), der Internationalen der KriegsdienstgegnerInnen.

Damals waren die Blockaden der atomaren Pershing-Raketen der USA in der Schwäbischen Alb und anderswo ein großes Thema. Sie wurden nach Jahren zivil unehorsamer Proteste und hunderten Verurteilungen schließlich abgezogen. Aber Atomwaffen sind immer noch in Deutschland stationiert, und die sogenannte »Nukleare Teilhabe« verstößt eklatant gegen den Nichtweiterverbreitungsvertrag von 1969.

Daher suchte ich in den letzten Jahren eine deutlichere Form der Konfrontation mit dem Staat und schloss mich Aktionen an, die gegen die militärische Präsenz in der Altmark (Sachsen-Anhalt) und die Atomwaffen in Büchel in der Eifel gerichtet waren. Wiederholt drangen wir, Personen aus Deutschland, den Niederlanden und den USA, auf das Gelände ein und zwangen die Behörden, uns zu verklagen. Es gab Geldstrafen wegen »Hausfriedensbruch« und Sachbeschädigung. Diese wurden zum Teil von SympathisantInnen aufgebracht. Mir war es aber wichtig, zumindest einen Teil der Strafe im Gefängnis abzusitzen. Damit stellte ich klar, dass ich bereit bin, für meinen Einsatz gegen die Massenvernichtungswaffen auch Umstände in Kauf zu nehmen, die sonst als Schande gelten.

Die Presse wurde informiert, für den persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis schrieb ich Rundbriefe. Der Aufenthalt im Gefängnis ist natürlich eine Sache, die nicht ohne Anstrengung und auch Bluthochdruck abgeht. Die Vollzugsbeamten wunderten sich aber jedes Mal darüber, wie viel Post ich bekam, das war eine gute Ermüdung. Das Gefängnis brachte mir neue Erfahrungen, etwa Kontakt zu den Menschen, die dort mehrheitlich einsitzen: wegen Drogendelikten (die Therapie erfordern, keinen Knast), wegen Schwarzfahrens oder kleineren Betrügereien, die meist aus Geldnot unternommen werden. Im offenen Vollzug habe ich einmal einen Yoga-Kurs gegeben, mit drei bis vier Interessenten und 14 Leuten, die zuschauten. Ich muss sagen: Als ich im Gefängnis war, habe ich mich unendlich wohl gefühlt. Denn ich war wirklich am richtigen Ort. Ich habe da sogar besser geschlafen als zu Hause. Denn ich dachte: Ein gutes Gewissen ist das beste Ruhekitchen!

Unsere Verteidigung ist eine Anklage

Es muss immer wieder betont werden: Ziviler Ungehorsam ist nur bei offenkundigem, massivem Unrecht des Staates statthaft. Und es gilt nicht nur die Regel der absoluten Gewaltfreiheit, die Frage ist auch, welchen symbolischen Gehalt unsere Aktion hat, damit sie richtig verstanden wird. Doch bringt die Konfrontation von Gewalt und Gewaltfreiheit auch ihre eigene Freude mit sich. Gewaltfreiheit unterhöhlt das Gewaltsystem, macht es lächerlich. Die Logik der Gewaltfreiheit ist eben eine andere als die Logik der Gewalt. Wir kommen inzwischen am hellen Tag und zerschneiden ihre Zäune. In Büchel konnten die SoldatInnen, in deren Anwesenheit wir dem Zaun zu Leibe rückten, nicht an uns herankommen, denn sie waren von uns durch eine Rolle Stacheldraht und einen zweiten Zaun getrennt, die erst wir durchgeschnitten haben. Wir ließen uns durch ihr Geschrei und ihre »Belehrungen« nicht von unserem Tun abbringen. Sie können gerne unsere Namen haben, denn wir wollen entstehen für das, was wir tun. Sie dürfen alle unsere Fotos beschlagnahmen: Die haben wir



▲ Atomwaffenfreies Picknick in Büchel 2019 mit Dieter Reckers, Brigitte Janus, Gerd Büntzly (mit Gitarre), Günter Wimmer (v.l.n.r.)

Foto: Privat

vorher dank der modernen Technologien doch schon selbst veröffentlicht. Unsere Gewaltfreiheit verwirrt in einer Situation, in der Gewalt als die einzig sinnvolle Option angesehen wird. Wir entlarven die Heimlichtuerei der Gegenseite, die alle wichtigen Dinge zum Staatsgeheimnis erklären will. Unsere Verteidigung ist eine Anklage. Wir werfen der Staatsanwaltschaft vor, dass sie uns und nicht die völkerrechtswidrige Lagerung der Atomwaffen anklagt.

Ich klage den Staat an, dass er eine aggressive Politik macht – eine aggressive Militärpolitik und eine aggressive Wirtschaftspolitik. Und er verantwortet die Atomwaffen, die über uns schweben und unser Leben schon seit 70 Jahren vergiften. Inzwischen wird vielleicht die Klimakatastrophe die Atomwaffen überholen – ich weiß nicht, wodurch wir zuerst zugrunde gehen sollen. Die Grundlagen unserer Existenz werden ja in allen Dimensionen in Frage gestellt und untergraben. Jedenfalls muss man es laut aussprechen und dazu muss man auch sagen: Diese ganze Bürokratie, die so fantasielos ist und immer nur rational und gnadenlos funktioniert, die lässt das alles geschehen. Das ist ein Verlust von Menschlichkeit unserer Gesellschaft, der einfach nicht länger geduldet werden kann. Des Öfteren werde ich gefragt, wie ich auf Kritik an meinen zivil unehorsamen Aktionen reagiere. Ich erkläre dann den Unterschied zwischen »legal« und »legitim«. Und ich übe mich in der Kunst, mit Menschen zu reden, die nicht der eigenen Meinung sind, sie einfach reden zu lassen und dann auf eine gemeinsame Basis zu kommen. Ich glaube, das ist möglich, besonders wenn man nicht rechthaberisch auftritt.

Angst ist das größte Hindernis

Nachdem ich einmal die Angst vor den staatlichen Repressionen verloren habe, ist meine innere Freiheit grenzenlos. Ich bin in meiner Stadt auf offener Straße angesprochen worden von Menschen, die ich gar nicht kannte, die mir ihre Hochachtung aussprachen für meinen Mut, ins Gefängnis zu gehen. Die Menschen schätzen es, wenn jemand ein Risiko für seine Überzeugung auf sich nimmt.

Nun hoffe ich, dass ich nicht bloß als ein »Held« dastehe, sondern ich möchte andere ermutigen, es ebenso zu machen. Anfangs, wenn ich mal wieder einen gelben Brief im Kasten fand, hatte ich das berühmte mulmige Gefühl

im Magen, das immer mit der Konfrontation mit den Herrschenden einhergeht. Inzwischen geht es mir so, dass ich angesichts eines solchen Briefes eher geistig die Ärmel hochkrempel und in eine Art Kampfeslaune gerate. Unsere Angst vor der Autorität ist das größte Hindernis bei unserem Einsatz für Gerechtigkeit. Das Entscheidende ist, die Angst zu verlieren und das zu tun, was man selbst für richtig und dem eigenen Gewissen entsprechend erachtet.

Wir wollen natürlich auch auf die Rechtsprechung einwirken. Ein »Hausfriedensbruch« bedeutet schließlich die Verletzung eines minderen Rechtsguts gegenüber dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Leben.

Das bürgerliche Leben hingegen mit seiner Ängstlichkeit, das brauchen wir nicht. Das können wir uns nicht mehr leisten! Denn sonst gehen wir sehenden Auges in den Abgrund. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen: Jeder darf nur so weit gehen, wie sie oder er es selbst erträgt. Es wird von niemandem verlangt, seine eigene Fähigkeit zu überschreiten. Das muss jeder und jede für sich selbst sehen. Ich kann nur für mich sagen, dass die Aktionen gegen das Unrecht der Massenvernichtungsdrohung und der Umwelterstörung samt Konsequenzen für mich eine große Befreiung waren, eine Befreiung im Denken und eine Befreiung im Handeln. Ich bitte einfach jeden, das mal auszuprobieren.

Zum Glück gibt es gerade heute immer wieder Vorbilder, die etwas wagen, etwa die Kapitänin des Rettungsschiffes Sea Watch 3, Carola Rackete. So ist zu wünschen, dass ihr aller Engagement endlich eine »kritische Masse« erreicht und einer menschenfreundlicheren Welt zugute kommt.

Gerd Büntzly war unter anderem an folgenden Buchveröffentlichungen beteiligt:

Widerstand gegen die Wehrpflicht, 1982.

Handbuch des politischen Fastens. Übersetzung aus dem am. Englisch nebst Zusätzen, 1983. Online abrufbar unter: <https://bit.ly/3UJP5KF>

Die Stunde lautet. Gedichte zum »Fasten für das Leben«, 1983.

Tschernobyl. Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Menschenrechte. Übersetzung aus dem Englischen, 1996.

Widerständige Musik an unmöglichen Orten. 33 Jahre Lebenslaute, 2020.

Ein Vortrag an der Technischen Hochschule Lübeck über seine Gefängnisaufenthalte wegen gewaltfreien Widerstands gegen Militäranlagen ist online verfügbar unter: <https://bit.ly/3EhFbdR>

Literaturhinweise

Theodor Ebert, Ziviler Ungehorsam, Waldkirch 1984

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Ziviler Ungehorsam. Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Sensbachtal 1992

Günther Gugel: Wir werden nicht weichen, Erfahrungen mit Gewaltfreiheit. Eine praxisorientierte Einführung, 3. Aufl., Tübingen 2003

Reiner Steinweg/Ulrike Laubenthal (Hg.): Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen. Frankfurt am Main 2011

Jürgen Bruhn: Weltweiter ziviler Ungehorsam: Die Geschichte einer gewaltfreien Revolution. Baden Baden 2018

Jakob Frühmann, Cristina Yurena Zerr (Hg.): Brot und Gesetze brechen. Christlicher Antimilitarismus auf der Anklagebank. Wien 2021

Andreas Braune (Hg.): Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy. Stuttgart (Reclam) 2017

ANZEIGE

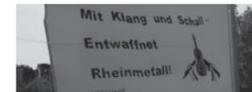
espero

Die undogmatisch-libertäre Zeitschrift
Neue Folge – Nr. 6 | Jan. 2023 | ca. 280 S.

John P. Clark: Anarchische Gerechtigkeit am Ende der Geschichte (Kommentar) | Siegfbert Wolf: „jede Zeit ist inmitten der Ewigkeit.“ Gustav Landauers libertärer Blick auf Geschichte und Revolution | Rudolf Rocker: Revolutionsmythologie und revolutionäre Wirklichkeit | Tomás Ibañez: Abschied von der Revolution und ... Es lebe der große Kladderadatsch! | Uri Gordon: Revolution | Gabriel Kuhn: Revolution ist mehr als ein Wort | Johann Bauer: Die gewaltlose Revolution: Gewaltfrei, radikal-demokratisch, antiautoritär, sozialistisch | John P. Clark: Was ist Öko-Anarchismus? | Marlies Wanka: Henry David Thoreau | Bernhard Rusch: Franz Jung und die Zeitschrift *Der Gegner* am Vorabend der „Machtergreifung“ | Rolf Raasch: Fluchtpunkt Mexiko: Das Exil des B. Traven | Ralf Burnicki: Anarcho-Poetry | Rezensionen.

Kostenlos zum Download unter:
www.edition-espero.de

SCHWERPUNKT ZIVILER UNGEHORSAM



INTERVIEW MIT ZOE RUGE, LETZTE GENERATION

Schockstarre oder Handeln

»Wir haben den Verkehr auf den Straßen unterbrochen, die Autobahnen zum Stillstand gebracht, Kartoffelbrei auf ein verglastes Gemälde geworfen und Farbe auf politische Gebäude. Wir sind die Letzte Generation, die den Kollaps unserer Gesellschaft noch aufhalten kann. Dieser Realität ins Auge blickend, nehmen wir hohe Gebühren, Straftatvorwürfe und Freiheitsentzug unerschrocken hin.« - Das erklärt die »Letzte Generation« auf ihrer Webseite. Auch Zoe Ruge wurde wegen ihres Zivilen Ungehorsams als Aktivist*in dieser Klimagerechtigkeitsbewegung bereits inhaftiert. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff sprach mit ihr über ihr Engagement.

Hallo Zoe, magst du dich unseren Leser*innen zunächst einmal vorstellen?

Mein Name ist Zoe Ruge, ich bin 23 Jahre alt und habe mein Studium der Liberal Arts and Sciences gerade größtenteils pausiert, um mich aktiv friedlich für eine Lebenschance unserer Gesellschaft einzusetzen. Ich lebe eigentlich in Freiburg, war jetzt aber die letzten Monate in Bonn bei dem Theaterstück »Recht auf Jugend« am Schauspielhaus involviert. Das Stück bringt die Geschichte und Beweggründe der Menschen von der »Letzten Generation« auf die Bühne. Die restliche Zeit bin ich in Berlin auf der Straße oder im Gerichtssaal.

Seit wann engagierst du dich bei der Letzten Generation? Was hat dich dazu motiviert?

Ich habe mich im Dezember des letzten Jahres dazu entschlossen, dass ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann, länger nur darüber nachzudenken, was in diesem alles entscheidenden Punkt unserer Geschichte das Richtige wäre zu tun. Ich habe mich vor knapp einem Jahr dazu entschieden, dass ich mich aus meiner Schockstarre lösen möchte und muss, meiner Verantwortung nachkommen sollte, als demokratische Bürgerin meiner Verzweiflung Ausdruck zu verleihen. Und zwar in der Form von gewaltfreiem Protest, der stört. Der so stört, dass meine Regierung endlich auf unsere Bitte eingehen muss, sich um unser Überleben zu kümmern. Dieser Verantwortung für Menschen auch wirklich nachzukommen.

Wie ist die »Letzte Generation« organisiert? Wie viele Menschen sind aktuell dabei?

Die »Letzte Generation« ist eine Widerstandskampagne des friedlichen, zivilen Ungehorsams, welche hauptsächlich auf die Protestform der Straßenblockade zurückgreift. Ähnliche Kampagnen gibt es momentan in über 40 deutschen Städten und mindestens elf weiteren Ländern, die sich im »A22-Network« zusammengefunden haben. Außerdem wächst das Widerstandsnetzwerk gerade stetig an. Hierfür können wir uns zum Beispiel die Schul- und Unibesetzungen von »End Fossil« anschauen, die gerade überall entstehen. Da wir als »Letzte Generation« Teil der diversen Klimagerechtigkeitsbewegung sind, ist es sehr schwer, eine genaue Aussage über aktive Menschen bei uns konkret zu treffen. Was ich aber sagen kann, ist, dass wir von den ursprünglichen 30 Menschen, die im Januar das erste Mal auf die Straße gegangen sind, mittlerweile bei mindestens 300 bis 400 Menschen sind, die diesen Schritt gehen.

Wie werden Entscheidungen getroffen?

Wir sind als Bewegung in einer funktionellen Hierarchie organisiert. Dies bedeutet, dass wir viele Arbeitsgruppen haben, die konkretisierte Entscheidungsmandate übertragen bekommen. Auf Ebene der lokalen Gruppen und dieser Arbeitsgruppen werden Entscheidungen dann wieder basisdemokratisch verhandelt. Es gibt also Gruppen von Menschen, die durch ihre Expertise Einschätzungen in ihren jeweiligen Aufgabebereichen treffen, sei es im Bereich der Vernetzung oder der Strategie.

Welche Aktionen hast du mitgemacht?

Ich selbst habe schon viel auf der Straße gesessen und auch geklebt, außer wenn ich Teil der Menschen war, die für die Bildung einer Rettungsgasse zuständig sind. Bisher war ich vor allem in Freiburg, Berlin und auch in Frankfurt auf der Straße und wurde hierfür auch schon bis



▲ Protestaktion der Letzten Generation am 11. November 2022 in Berlin

Foto: Tenzin Heatherbell

zu sechs Tage weggesperrt. Außerdem habe ich Lebensmittel gerettet und verschenkt in unserer ersten Kampagne, Klimafakten an Banken gekleistert und öffentliche Diskussionen mit Politiker*innen geführt.

Wie reagiert dein Umfeld auf dein Engagement?

Sehr unterschiedlich. Das Spektrum der Reaktionen umfasst wirklich stürmische Begeisterung und Unterstützung sowie aber auch extreme Ablehnung und Verurteilung. Am spannendsten war und ist auch der Austausch mit meinen Eltern zu meiner Entscheidung, mich auf diese Art und Weise politisch einzusetzen. Ich würde sagen, dass gerade zu Beginn auch die Sorge um die eigene Tochter eine große Rolle gespielt hat, da wir uns ja auch in Gefahrensituationen begeben und polizeiliche Willkür doch ein großes Thema in Deutschland ist. Das Ergebnis von intensiven Gesprächen mit meinen Eltern hat mir aber mittlerweile ihre komplette Unterstützung eingebracht. Sie verstehen, wieso ich das mache. Und ich habe selbst gelernt, wie krass es sein kann, wenn von mir geliebte Menschen schon so frustriert sind von unserer Politik der letzten Jahrzehnte, dass sie einfach keine Hoffnung auf Veränderung mehr in sich tragen. Das tut mir unglaublich weh.

Gleichzeitig möchte ich eigentlich ständig alle Menschen in meinem Umfeld schütteln und rütteln und anschreien, wie sie es mit sich selbst und ihrem Gewissen vereinbaren können, nicht selbst endlich die Alarmlampe zu läuten.

Wie ist die Negativ-Presse zur Blockade der A100, dem Kartoffelbrei auf das Monetbild in Potsdam, Tomatensuppe auf das Sonnenblumenbild von van Gogh und weitere Attacken auf Museumsbilder sowie den euch zugeschriebenen Tod einer Radlerin bei dir angekommen?

Diese Berichterstattung, diese Hetze und der Hass, der uns entgegengeschlagen ist, hat mich und uns alle emotional sehr mitgenommen. Allein die Vorstellung davon, was die Familie der Radfahrerin in den letzten Wochen durchgemacht haben muss, macht mich unfassbar traurig.

Ich würde gerne betonen, dass es sich bei den Straßenblockaden nicht um ein leichtfertig gewähltes Mittel des Protestes handelt. Wir treffen gründliche Sicherheitsvorkehrungen und

machen dies nicht zum Spaß, sondern weil wir Menschenleben retten möchten.

Gleichzeitig haben wir nur bis zu einem bestimmten Punkt Einfluss darauf, wie über uns berichtet wird. Wir haben nicht in der Hand, wie eine Medienlandschaft sich verhält, die sich eigentlich die Aufklärung der Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben hat und nun demokratischen Protest delegitimiert. Wir haben nur in der Hand, was wir selbst tun. Wir haben in der Hand, ob wir vor Frust und Verzweiflung in Schockstarre verfallen oder aber aus Liebe zum Leben ins Handeln kommen und aktiv einen Schritt raus tun und unsere Verantwortung in diesem, sich schließenden Zeitfenster annehmen.

Was antwortest du auf den Vorwurf des Terrorismus?

Diesem Vorwurf würde ich gerne erwidern, dass sich alle Menschen einmal fragen sollten, ob nicht die wahren Terrorist*innen, die wahren Kriminellen dieser Welt an ganz anderer Stelle zu finden sind. In den Worten des Präsidenten des Inselstaates Palau auf der COP26: »There is no dignity to a slow and painful death: you might as well bomb our islands.«

Oft wird euch vorgeworfen, dass die Aktionsformen der Letzten Generation außer kurzfristiger Aufregung nichts bewirken. Was erwidert du?

Wir sehen uns als Feueralarm. Es ist die Entscheidung der Menschen in diesem Land, der Menschen in den Entscheidungspositionen, ob sie lieber die Batterie des Feuermelders herausnehmen, sich nur kurz aufregen und dann wieder täuschende Ruhe einkehrt. Oder ob sie sich tatsächlich der Rauchquelle widmen und all ihre Aufmerksamkeit auf das Problem und die Bekämpfung dieses richten wollen. Das ist eine Entscheidung, die wir nur bis zu einem bestimmten Punkt beeinflussen können. Und ich wünsche mir, dass wir endlich anfangen, den Brand, das Feuer, zu löschen, anstatt die Batterie herauszunehmen und die Fenster für mehr Luft zu öffnen. Wir werden nicht aufhören zu stören und dieses Anliegen auf die Straße zu tragen. Denn wir können es uns jetzt einfach nicht leisten, die Aufmerksamkeit auf das Thema unser aller Überleben verebben zu lassen.

Unter welchen Bedingungen wollt ihr die Aktionen Zivilen Ungehorsams stoppen?

Wir werden unsere Störungen einstellen, sobald die Regierung erste Sicherheitsmaßnahmen angesichts der Klimakatastrophe ergreift, wie zum Beispiel ein simples Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen. Oder wenn es uns nicht weiter möglich ist, auf die Straße zu gehen und unser Recht auf friedlichen Protest wahrzunehmen, weil wir weggesperrt werden.

In der CONTRASTE Nr. 451, April 2022, berichtete Aktivist Henning Jeschke zum ersten Mal über die Motivation und Organisation der Letzten Generation.

Wo wir stehen und wie es weitergeht

Wir sehen schon, dass der demokratische Widerstand Wirkung entfaltet. Wir sehen, dass überall über uns, unsere Proteste und Maßnahmen gegen den Klima-Zusammenbruch gesprochen wird: An den Abendbrot-Tischen dieses Landes, in den Gerichtssälen, Talkshows und in politischen Gremien. Doch Aufmerksamkeit ist nicht unser Ziel. Unignorierbar zu sein, ist notwendig. Aber politische Veränderung ist, was es am Ende braucht und was wir erreichen werden.

Das ist kein Beliebtheitswettbewerb; kein Versuch, die Menschen von unseren Anliegen zu überzeugen - denn das sind sie längst. Es gibt große Mehrheiten für die ersten Sicherheitsmaßnahmen im Klimakollaps: das Tempolimit und ein 9-Euro-Ticket. Was uns fehlt, ist die politische Bereitschaft.

Die Verweigerung der Regierung, den Willen des Volkes auch umzusetzen oder auch nur darüber zu verhandeln, bedroht die Existenz unserer Zivilisation. Ziviler Widerstand ist das erfolgversprechendste demokratische Mittel, die Bundesregierung zu überzeugen, ihrer demokratischen Pflicht gerecht zu werden.

Wir bleiben weiter flexibel, friedlich und entschlossen. Der Staat kann Leitern an Schilderbrücken anbringen, so viel er will - wir machen weiter. Für die Umsetzung der ersten Sicherheitsmaßnahmen gegen den Klimakollaps - Tempolimit und bezahlbarer Nahverkehr - fassen wir ins Auge, auch friedlich Flughäfen lahmzulegen.

Blog der Letzten Generation am 12. November 2022, Link: <https://letztegeneration.de/blog>

WOLFSBURG

VW könnte auch für »Verkehrswende« stehen

Der Automobilkonzern VW plant eine neue Fabrik für die Produktion des E-Autos »Trinity«. Im Frühling 2023 soll der Bau auf etwa 130 Hektar Ackerland nördlich des Stammwerks in Wolfsburg beginnen. Schon jetzt formieren sich Proteste gegen das Projekt: Seit Mitte September hält eine Gruppe von Aktivist*innen das geplante Baugelände der Trinity-Fabrik mit einer Mahnwache besetzt.

STOP TRINITY WOLFSBURG

Wir sind im Jahr 2022 angekommen. In der öffentlichen Debatte ist von der Notwendigkeit einer umfassenden Verkehrswende die Rede. Um der Klimakrise entgegenzuarbeiten, aber auch um soziale Veränderungen im Mobilitätsbereich zu schaffen, braucht es eine umwelt- und klimafreundliche Mobilität für alle – unabhängig von Einkommen, Wohnort und körperlichen Fähigkeiten. Die Autokonzerne sind jedoch immer noch fleißig dabei, eine echte Verkehrswende zu blockieren.

Das als grünes Allheilmittel propagierte Elektroauto ist allerorts auf dem Vormarsch: Tesla hat letztes Jahr öffentlichkeitswirksam eine Luxusautofabrik in ein Wasserschutzgebiet in Grünheide (Brandenburg) gepflanzt. Nun rückt Volkswagen hinterher: Als Konkurrenzmodell zum Tesla-Fahrzeug will VW in Wolfsburg die Mittelklasse-Limousine »Trinity« in Serie bringen. Dafür soll auch gleich eine neue Fabrik gebaut werden.

Unter dem Motto »Keine neue Autofabrik – nicht in Wolfsburg und auch nirgendwo anders« formieren sich auf dem geplanten Baugelände nun lokale und überregionale Proteste. Es geht zum einen darum, den Bau der Trinity-Fabrik zu verhindern. Zum anderen soll der Automobilindustrie als solches endlich ein Ende gesetzt werden, denn es ist egal, ob Verbrenner- oder Elektroautos produziert werden. Und welcher Ort könnte als nächster Kristallisationspunkt im Kampf für eine Verkehrswende symbolischer sein als die Autostadt Wolfsburg?

Die Lüge vom sauberen Elektroauto

Das Versprechen von Elektroautos als DIE ökologische Verkehrslösung für die Zukunft ist der neueste Versuch der Automobilindustrie, sich vor ihrem Untergang zu retten – und der Greenwashing-Versuch scheint zu wirken. Sogar manche Umweltverbände fordern Volkswagen und andere Autokonzerne schon zum schnelleren Umbau der Produktion auf Elektroautos auf.

Das Schlimme ist aber: Ein Elektroauto ist immer noch ein Auto. Und eine Veränderung des Antriebs löst die allermeisten Probleme, die Autoverkehr schafft, nicht. Auch Elektroautos töten (heute sterben acht bis neun Menschen täglich in der BRD durch Autos) und rauben wertvollen öffentlichen Raum, machen aus Straßen und Plätzen unpassierbare und unbefahrte Gefahrenorte. Jeden Tag werden allein in Deutschland über 30 Hektar versiegelt – ein großer Teil davon für Straßen. Ein Auto nimmt schon heute mehr Platz ein, als einem Kind zum Spielen zur Verfügung steht. Hinzu kommt: Ab 30 km/h ist die Hauptursache des Fahrtrümmers nicht mehr der Motor, sondern der Roll- und Luftwiderstand des Fahrzeugs. Und der ist bei den jetzigen Elektroautos, da diese meist schwerer sind, in der Regel noch höher als bisher. Für Geschwindigkeiten unter 30 km/h schreibt die Bundesregierung dann vor, künstli-



▲ Dauermahnwache auf dem Baugelände der neuen (Elektro-)autofabrik von VW in Wolfsburg

Foto: Hanna Poddig

chen Lärm zu erzeugen, um Unfälle durch Überhören zu vermeiden. Weniger Feinstaub werden Elektroautos keinesfalls erzeugen: Dieser hat mit dem Antrieb größtenteils nichts zu tun, sondern entsteht durch Reifen- und Bremsabrieb.

Doch auch was den Antrieb angeht, schafft die Elektrifizierung in erster Linie eine Verschiebung der Emissionen. Der Strommix, der bis dato zur Verfügung steht, ist noch lange nicht grün. Der erhöhte Strombedarf wird das Ziel von 100 Prozent regenerativer Energie weiter in die Zukunft verschieben. Vom Energiebedarf während des Herstellungsprozesses ganz zu schweigen.

Die stärkste Wirkung entfaltet das Märchen des Null-Emissions-Autos aber anders: Laut einer norwegischen Erhebung werden mehr Wege gefahren als vorher. Wege, die einst mit Fahrrad oder ÖPNV zurückgelegt wurden, werden beim Vorhandensein eines E-Autos nun mit diesem getätigt, da dieses ja angeblich klimaneutral fährt. Klimaschädlich sind die angeblich grünen Autos der Zukunft immer noch unterwegs – und am Steuer sitzen wieder nur diejenigen, die es sich leisten können – Geringverdiener*innen, körperlich eingeschränkte Personen, Kinder, Senior*innen haben keinen Platz im System Autoverkehr.

Die Antriebswende verhindert eine echte Verkehrswende

Die Durchsetzung des Elektroautos als Verkehrsmittel der Zukunft verhindert wirkliche Veränderungen im Verkehrssektor. Richtungsweisend für Volkswagen sind maximale Profite – das funktioniert am besten in einem System des Weiter-So. Und dafür muss die öffentliche Verkehrsinfrastruktur autozentriert bleiben. Die aktuelle Elektroauto-Offensive ist ein gutes Beispiel für ein perfides Zusammenspiel menschen- und umweltfeindlicher Verkehrspolitik und profitgeiler Privatwirtschaft. So oder so stehen große öffentliche Investitionen im Verkehrssektor an. Eine Umrüstung auf Elektroautos würde bis 2030 allein in Deutschland eine Million Ladepunkte benötigen. Für den steigenden Leistungsbedarf im Stromnetz müssten neue Leitungen verlegt werden – anders wäre eine flächendeckende Einrichtung von (Schnell-)Ladeinfrastruktur nicht möglich. Mit enormen staatlichen Subventionen sollen riesige Umbaumaßnahmen vorangetrieben werden

– Geld, das für den ÖPNV-Ausbau dann fehlt. Die Frage ist also: Stärken wir den ÖPNV, Rad- und Fußverkehr oder zementieren wir das Ewiggestrige? Wer eine echte Verkehrswende will, darf nicht weiter Autoinfrastruktur ausbauen.

Für eine echte Verkehrswende braucht es:

- die Vermeidung von Verkehr und eine Politik der kurzen Wege: Lebens-, Einkaufs-, Kultur- und Begegnungsmöglichkeiten müssen wieder zurück in die Ortschaften.
- Autofreie Zonen in Innenstädten, Ortszentren und um sensible Zonen wie Kindergärten, Schulen, Spielplätze und Fußgänger*innenzonen
- Verlagerung von Verkehr (vor allem auf das Fahrrad): Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel ein gut ausgebautes und sicheres Fahrradstraßen- und Fußwege-Netz auf bestehenden Straßen ohne neue Flächenversiegelung.
- Einen gut ausgebauten und kostenlosen ÖPNV: barrierearme Straßenbahnen in den Städten und Zubringer-Busse in guter Taktung für kleinere Orte, natürlich zum Nulltarif
- Gute Fußwege und öffentliche Plätze, die Begegnungs- und Verweilorte sind; einen sofortigen Ausbaustop für alle Straßen und einen Rückbau bestehender Straßen.

Es geht ums Ganze

Vor allem geht es um eine Entmachtung der Autokonzerne. Volkswagen dient nicht der Bevölkerung, sondern der Generierung von immer mehr Gewinnen für Aktionär*innen. 53,1 Prozent der Stammaktien an Volkswagen hält die Porsche Holding (zu großen Teilen gehalten von den Familien Porsche und Piëch), 14,6 Prozent hält die Qatar Holding LLC (Qatarischer Staatsfonds). Das Volkswagenwerk in Wolfsburg ist die größte Fabrik der Welt, allein die Hallenfläche ist so groß wie Monaco. 63.000 Beschäftigte arbeiten hier. Sie arbeiten, um die Maschine am Laufen zu halten. Erzählungen von Wohlstand und sicheren Arbeitsplätzen prägen die Stimmung in der Region. VW versklavt die Arbeiter*innen nicht mit Gewalt, sondern ködert mit hohen Löhnen. Nirgendwo in der Region kann ein Mensch ungelern mit so einem hohen Gehalt einsteigen wie bei VW am Band. Doch was bei den Arbeitenden ankommt, ist nur ein Bruchteil der Gewinne, die Volkswa-

gen macht.

Ein Ausstieg von Volkswagen aus dem Automobilgeschäft muss nicht zwangsweise Arbeitslosigkeit und Verelendung der Region Südostniedersachsen mit sich bringen. In dem Werk in Wolfsburg arbeiten tausende Fachkräfte. Wenn VW nicht willig und fähig zu wirklichen Veränderungen ist, dann müssen die Beschäftigten und die lokalen Aktiven die Veränderung eben selbst in die Hand nehmen. In der riesigen Fabrik könnte alles nur Denkbare produziert werden. Bei einem Mobilitätsunternehmen wie Volkswagen liegt es nahe, die Produktion auf sinnvolle Verkehrsmittel umzustellen. Ökologisch und sozial verträglich und für eine Verkehrswende nötig sind vor allem Schienenfahrzeuge (Straßenbahnen, Züge), aber auch kleinere öffentliche Verkehrsmittel wie Elektrobusse. Der Name VW könnte beibehalten werden und in Zukunft für »Verkehrswende« stehen.

Neuer Kristallisationspunkt

Aktivist*innen wollen in Wolfsburg einen neuen Kristallisationsort im Kampf für eine Verkehrswende schaffen. Auf einem Acker im Norden Wolfsburgs, auf dem VW seine neue Elektroautofabrik bauen will, wurde ein Protestcamp errichtet. Seit Mitte September ist das Baugelände mit einer »Dauer-Mahnwache« besetzt. Die Auseinandersetzung um den Bau der Trinity-Fabrik ist eine symbolträchtige.

VW und der Stadt ist der Protest ein Dorn im Auge. Immer wieder hat es in den letzten Jahren kleinere und größere Protestaktionen rund um VW und Wolfsburg gegeben. Einige Aktionen, wie die Blockade eines Autozugs 2019 und eine Festklebeaktion von »scientist rebellion« im Oktober 2022 waren ziemlich spektakulär. Es ging jedoch nur um Einzelaktionen von maximal ein paar Tagen Dauer. Jetzt setzt sich der Widerstand in Wolfsburg fest: Aktivist*innen wollen koordinierter und mit längerfristiger Strategie vorgehen. Schon längst sind nicht mehr nur die »Öko-Aktivist*innen von außerhalb« aktiv. Beschäftigte von VW – bis in den Betriebsrat hinein –, Anwohnende, Gewerkschafter*innen, lokale Initiativen und überregionale Gruppierungen vereinen sich in dem Kampf gegen die neue Autofabrik und für eine Verkehrswende.

Volkswagen hat Respekt vor den Protesten. Gemeinsam mit der Stadt versuchte der Konzern schon, eine

Mahnwache auf dem Baugelände zu unterbinden. Die Aktivist*innen mussten vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg klagen, um ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Wolfsburg durchzusetzen. Ob bei der Mahnwache auf dem Acker oder bei Infoständen in der Innenstadt – die Stadt Wolfsburg ist als Handlangerin von VW äußerst engagiert, den Protest einzudämmen und kritische Stimmen zu erdrücken. Das wird ihr aber nicht gelingen, der Widerstand wird immer größer und die Kritik an dem Elektroautoprojekt von VW immer lauter.

»Dies ist eine Einladung, den Protest vor Ort zu unterstützen«, sagt Sascha von der StopTrinity Mahnwache. »Dies ist auch eine Einladung, überall für eine Verkehrswende zu streiten. Eine Einladung, jegliche E-Autoinfrastruktur anzugreifen. Lasst uns gemeinsam jetzt und für immer in Wolfsburg und überall das Ende des automobilen Zeitalters einleiten. Gemeinsam werden wir den Bau der Elektroautofabrik verhindern. Dann werden wir das Stammwerk umbauen und dort öffentliche Verkehrsmittel produzieren. Das wird das Werk bestimmt noch die nächsten 15 bis 20 Jahre am Laufen halten. Danach gibt es allerlei zu tun, mal ordentlich aufzuräumen und einen Großteil des Werks zurückzubauen – Stein für Stein. Das bietet Beschäftigungsperspektive in der Region bestimmt für das nächste Jahrhundert.«

Links: stoptrinity.blackblogs.org, stop-trinity.de

ANZEIGE

W&F
Wissenschaft und Frieden • 4/2022
Heft 40 (Spring 2022) • 112 Seiten • 12 € (druck) / 9 € (ePub/PDF)

Gewalt/Ökonomie
Überlegungen zur Transformation

Schwerpunkt
Gewalt/Ökonomie

56 Seiten • Dossier | 12 € (druck) / 9 € (ePub/PDF)
bestellen unter: wissenschaft-und-frieden.de

Eine Sangha für die JVA

Der Gefängnisinsasse Jörg Henner gründete 2020 eine buddhistische Glaubensgemeinschaft, um Inhaftierten in verschiedenen Justizvollzugsanstalten (JVA) den Zugang zum Buddhismus zu ermöglichen. Im Gespräch mit CONTRASTE erzählt er, wie es zu der Idee der »JVA-Sangha« kam und was das Projekt ausmacht. Das Interview führte CONTRASTE-Redakteurin Marlene Seibel per Briefwechsel.

CONTRASTE: Herr Henner, wie kam es zur Entstehung der JVA-Sangha?

Jörg Henner: Prinzipiell bin ich christlich-katholisch aufgewachsen und erzogen worden, habe mich jedoch seit meiner frühen Kindheit und Jugend schon für fernöstliche Kulturen und Lebensweisen interessiert. Immer wieder hatte ich Kontakt zu Menschen aus einem gewissen spirituellen Umfeld, meistens über Sportarten oder Trainings-Methoden wie Yoga oder Ju-Jitsu, aber auch zu Menschen, die bereits regelmäßig »meditierten«. Leider habe ich das selbst nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und dem dazugehörigen Engagement weiterverfolgt, sondern mich viel zu oft in weltlichen und/oder gesellschaftlichen Aktivitäten verloren.

Erst zum Ende meiner ersten Haft (2005 bis 2012) bekam ich Kontakt zum Tibetischen Zentrum nach Hamburg. Mit Entlassung sowie dem Tod des dortigen Lehrers und einer dortigen generellen Umstrukturierung des Tibet-Zentrums verlor sich dieser Kontakt leider wieder. Mit erneuter Haft (ab 2017) motivierte mich die Psychiaterin in der U-Haft, den Kontakt dorthin wieder aufzunehmen. Als ich den »verloren geglaubten« Kontakt wiederherstellte, wurde ich, für mich sehr überraschend, positiv aufgenommen und unterstützt. Neben ein bis zwei Büchern bekam ich über die dort mittlerweile gegründete »Sangha-Hilfe« auch einen festen Brief-Kontakt zur Seite gestellt, mit dem ich mich über buddhistische Themen (aber auch oft in Bezug auf mich selbst) unterhielt und austauschte.

Ende 2018 bot man mir die Teilnahme am dortigen »Systematischen Studium des Buddhismus (SSdB)« an, welches von der JVA auch genehmigt wurde. An diesem nehme ich nach dem erfolgreichen Abschluss des Grundstudiums mittlerweile im Vertiefungsstudium immer noch teil. Das darüber vermittelte Wissen ist für mich unschätzbar wertvoll geworden und hat sowohl meine Einstellung sowie Lebenshaltung doch deutlich und nachhaltig verändert.

Im ersten Lockdown der Corona-Zeit im Frühjahr 2020 entstand die Idee, auch anderen Häftlingen Austausch und buddhistisches Wissen

anzubieten und zu vermitteln. Ich wollte »etwas zurückgeben«, was ich als so wertvoll empfand. Die Deutsche Buddhistische Union half bei der Vermittlung von »am Buddhismus interessierten Häftlingen« aus Deutschland, und so entstand im Austausch mit einem Kontakt aus der JVA-Hannover das Projekt der »JVA-Sangha«. Seitdem bin ich als Initiator sehr bemüht das Projekt in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, sodass wir möglichst viele interessierte Teilnehmende erreichen können.

Wie wird das Projekt angenommen? Welche Reaktionen gab es?

Anfangs habe ich das Projekt bei unterschiedlichen Buddhistischen Vereinen und Organisationen vorgestellt. Uns gelang es in kurzer Zeit, eine größere Anzahl an Unterstützer*innen zu gewinnen, die uns sowohl Zeitschriften- als auch Bücher-Spenden, aber auch Ausdrücke zu einzelnen Themen zur Verfügung stellten. Zuerst hatten wir wohl mehr Unterstützer*innen als dass wir Projekt-Teilnehmende fanden. Es war schwierig, Häftlinge mit gleichem Interesse am Buddhismus zu finden, und bestehende Gefängnis-Organisationen (meistens aus dem kirchlichen Umfeld) wollten keinerlei Werbung für unser Projekt machen. Die Reaktionen waren zu 75 Prozent immer positiv, und die übrigen 25 Prozent haben sich nicht auf mein Anschreiben zurückgemeldet oder hatten andere Erwartungen und Vorstellungen vom Projekt und den angebotenen Hilfe-Leistungen. Ich habe gelernt, damit zu leben, es nicht allen recht machen zu können.

Neben ca. fünf bis zehn Teilnehmenden aus Deutschland hat sich das Projekt sogar bis in die Schweiz und nach Österreich herumgesprochen, so dass wir aktuell von ca. 15 bis 20 Teilnehmenden ausgehen können, die ich mehr oder weniger regelmäßig mit Informationen, Zeitschriften, Postkarten und auch Büchern sowie Brief-Austausch betreue. Ursprünglich dachte ich, dass es nur um den Austausch zur buddhistischen Lehre gehen werde. Das hat sich mittlerweile etwas geändert, weil es auch um »Buddhistische Seelsorge« geht, und wir durchaus auch ein »offenes Ohr« für die Belange und Befindlichkeiten der jeweiligen Brief-Partner*innen haben.

Zu unseren Unterstützer*innen zählen wir mittlerweile namhafte Zeitschriften- und Bücher-Verlage, sowie Organisationen, Vereine, Zentren und Institute aus dem buddhistischen Umfeld. Ergänzt wird es von einem Dutzend privater Personen, die ebenfalls einen Bezug zum Buddhismus haben, entweder über ihre Arbeit oder ein ehrenamtliches Engagement.

Das »Klinken-Putzen« ist aber immer noch eine mühselige Aufgabe, damit wir unser Projekt noch weiter bekannt machen können und über Geldspenden auch unsere Kosten, vor allem fürs Porto, decken können. Über Sachspenden verfügen wir aktuell doch eher ausreichend.

Welches Angebot hält die JVA-Sangha bereit?

Wir bieten Postkarten, Zeitschriften und Bücher über eine Ausleihe an, die sehr gefragt ist. Selbstverständlich wird auch buddhistisches Wissen vermittelt oder dient als Diskussionsgrundlage für den Briefverkehr. Wir stellen auch Dokumente und Texte im Rahmen der Ausleihe zur Verfügung. Selbstverständlich sollen unseren Teilnehmer:innen keine Kosten für Rückporto entstehen, sodass diese



▲ Von Buddha inspiriert: Die JVA-Sangha will Inhaftierten den Zugang zum Buddhismus zu ermöglichen.

Foto: Benjamin Balázs

Kosten die JVA-Sangha übernimmt. Es existiert auch eine umfangreiche Bücher-Liste der wohl bekanntesten und wichtigsten Buch-Titel, sodass Interessierte auch beim Bücher-Kauf gut beraten sind. Darüber hinaus vermitteln wir gerne Kontakte zu Institutionen im Bereich Buddhismus, sodass jede*r selbst sein Glück beim Ausbau der eigenen Brief-Kontakte versuchen kann.

Zwischenzeitlich hat sich das Projekt auch um eine gewisse buddhistische Seelsorge erweitert, da es uns doch auch wichtig erschien, sich nicht nur über Wissenschaft und Religion bzw. die »trockene Lehre« zu unterhalten, sondern auch die Menschen auf ihrem Weg zu begleiten – und da spielen eben die Sorgen, Ängste und Nöte jede*s einzelnen Betroffenen eine nicht unerhebliche Rolle. Das Schöne ist, dass sich dieses oft ganz von selbst in die Buddha-Lehre einflechten lässt. »Authentisch gelebter Buddhismus« ist mir und dem gesamten Projekt sehr wichtig!

Wie funktioniert die JVA-übergreifende Zusammenarbeit?

Anfänglich glaubten viele, dass wir »gemeinsam« meditieren, oder dass sich lokale Gruppen einfinden. Dem ist leider nicht so. Das Interesse an Kraftsport oder Kochen und Hofgang ist bei vielen Häftlingen höher als ein Film- oder Dia-Vortrag vom Dalai Lama bzw. eine Meditationsstunde. Da selbst im buddhistischen Umfeld eigentlich »jeder für sich meditiert«, auch wenn das in Gruppen geschieht, haben wir uns darauf verständigt, Meditationsinhalte und -methoden und das dazu nötige Wissen zu vermitteln. Gerade Einsteiger*innen und Anfänger*innen sind an Yoga- und Meditations-Übungen sehr interessiert.

Als praktizierender Buddhist weiß ich umso mehr, dass eine gute und

stabile Praxis ein gutes Fundament für weitere Übungen ist. Die zentrale Koordinationsstelle bin ich als Initiator des Projektes. Ich kümmere mich zusammen mit einem ehrenamtlichen Mitarbeiter um die Bücherspenden und Paketversendungen an die interessierten Häftlinge, ebenso wie um die Briefe und Kontaktpflege zu unseren Unterstützern. Natürlich bin ich auch bei der Suche nach Werbepartner*innen und weiteren Unterstützungsmöglichkeiten stets aktiv.

Welche Rolle spielt die Deutsche Buddhistische Union in dem Projekt?

Die DBU und ihre Geschäftsstelle in München dienen als Anlaufpunkt für alle buddhistischen Aktivitäten in Deutschland. Vor allem auch für die Zeitschrift »Buddhismus aktuell«. Schon vor dem Projekt betreute die DBU einige wenige Häftlinge im Rahmen eines Frei-Abonnements für die »Buddhismus aktuell«. So fand man sich dann recht schnell zusammen. Vor allem dankbar bin ich für die Übernahme der Rolle des E-Mail-Kontakts, da ich selbst über keine Möglichkeit für einen Internet-Zugang verfüge.

Was ist für Sie der größte Gewinn dieses Projekts?

Die Teilnahme am »Nachhaltigkeitswettbewerb« des Yoga-Vidya-Verbandes, dem Bundesverband der Yoga-Lehrer*innen im Herbst 2021 war wohl das Highlight bislang. Bei diesem Wettbewerb konnte unser Projekt einen hervorragenden zweiten Platz erreichen und wurde mit einem Preisgeld von 500 Euro ausgezeichnet. Dieses Preisgeld ist direkt in weitere Werbung und unsere Porto-Kosten geflossen. Aber auch die Rückmeldungen von Unterstützer*innen und Förder*innen sind überaus

wohlwollend. Es wird sehr gewürdigt, dass unser Projekt in recht kurzer Zeit so gewachsen ist und derart umfangreiche und vielfältige Angebote machen kann. Die von uns betreuten Häftlinge schätzen diese »Marktlücke« bei der Wissensvermittlung von Yoga, Meditation und Buddhismus sehr – auch wenn es immer noch viele Gefangene gibt, die uns hauptsächlich wegen der »kostenlosen« Zeitschriften-Abos anfragen. Aber genau darüber kommt man dann ja auch immer wieder gerne ins Gespräch.

Welche Zukunftspläne gibt es für die JVA-Sangha?

Der weitere Ausbau der Werbung und ein höherer Bekanntheitsgrad des Projektes – gerade unter Häftlingen bzw. den Justizverwaltungen an sich wäre wohl das Ziel für die nächsten zwei bis drei Jahre. Es ist geplant, gezielt Justizvollzugsanstalten anzusprechen, von denen bekannt ist, dass sie eine interne Knast-Zeitschrift herausgeben, um dort über eine mögliche Berichterstattung den Bekanntheitsgrad unseres Projektes zu steigern. Hier wird mit einem Aufwand von ca. 300 bis 500 Euro für die Jahre 2022/2023 zu rechnen sein. Ebenso bin ich auf der Suche nach Patenschaften für regelmäßige Portospenden, da aktuell jede einzelne Bücherzusendung an eine JVA ca. zwei bis drei Euro an Porto kostet und unser Bücherberg sich auf ca. 200 Bücher und Broschüren und ebenso viele Zeitschriften im Spenden-Lager erstreckt. Ich halte auch Ausschau nach einem »Schirmherrn«, der die Außenwerbung übernehmen könnte.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Henner!

Lest dazu auch die Kleinanzeige »JVA Sangha« auf Seite 16.

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit
Kaffee aus Chiapas/Mexiko
und Cauca/Kolumbien,
Spiel Autonomía Zapatista,
Musik von lucha amada,
Olivenöl von BeCollective,
Tee von ScopTi,
Seife von vio.me,
Bücher & Filme,
T-Shirts



Kaffee Kollektiv
Zapatista

Infos und neuer Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

ALEX DEMIROVIC ZUM 70. GEBURTSTAG



Im Mai dieses Jahres feierte Alex Demirović, einer der wichtigen linken Intellektuellen im deutschsprachigen Raum, seinen 70. Geburtstag. Anlass genug, dass ihm die Zeitschrift Prokla im Juni ein ganzes Heft gewidmet und sein wissenschaftliches wie praktisches Wirken näher beleuchtet hat. Dabei ist gerade keine akademische Festschrift entstanden, sondern eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung.

Demirović selbst ist der Zeitschrift seit 1988 als Autor verbunden, von 2003 bis 2018 war er Redaktionsmitglied, seither ist er dem Beirat zugehörig. Wer wissen möchte, zu welchen Themen er sich äußerte, bekommt hier eine vorzügliche Übersicht entlang der Brennpunkte aktueller Krisenprozesse. Es schreiben langjährige Weggefährter*innen und Co-Autor*innen: Julia Dück über »Geschlecht und das komplex gegliederte Ganze«, Bob Jessop über Demirovićs Blick auf das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas, Birgit Sauer über feministisch-materialistische Staats- und Demokratietheorie. Die »Krise und Regulation des Kapitalismus in der EU« steht im Fokus von Thomas Sablowski, Etienne Schneider und Felix Syrovatka. Jakob Graf wirft einen Blick auf die »Pluralität der Naturverhältnisse« und Ulrich Brand und Markus Wissen fragen nach »emanzipatorischen Perspektiven im »Anthropozän««. Es schließen sich persönlich gehaltene Texte über Demirović von Joachim Hirsch, Joachim Beerhorst, Christina Kaindl und Bernd Riexinger an, die seine Verbindungen zur Linkspartei und den Gewerkschaften, zu Fragen von Staat, Politik, Partei und Klasse beleuchten. Abgerundet wird das Heft mit einem autobiographischen Gespräch, dessen Langfassung als Buch im Westfälischen Dampfboot erscheinen wird. Demirović berichtet hier insbesondere über seine akademische Sozialisation. Zuletzt ist er in dem Heft selbst mit dem zweiten Teil seiner Überlegungen über »Wahrheitskämpfe« im kapitalistischen Staat in Zeiten der Corona-Pandemie als Autor vertreten.

Es wird deutlich, wie vielfältig Demirović als kritischer Denker unterwegs ist. Längst nicht alle seine Themen konnten untergebracht werden, aber die vorliegende Auswahl überzeugt. Das liebevoll verfasste Editorial gibt hierüber Auskunft, ebenso über den Umstand, dass ihm eine geordnete akademische Laufbahn verschlossen blieb. Die Beiträge sind ausnahmslos empfehlenswert. Wer sich näher mit dem umfangreichen Werk von Demirović auseinandersetzen will, findet hier Inspirationen und einen guten Ausgangspunkt.

Die Beiträge von Brand/Wissen und Hirsch sind ebenso wie das Editorial über die Internetseite der Prokla frei abrufbar. Generell sei darauf hingewiesen, dass die Zeitschrift auch in digitaler Form vertrieben wird.

Sebastian Klauke

SCHRECKGESPENSTER UND LEBENSGEISTER



Es mag auf den ersten Blick ungewöhnlich scheinen, in CONTRASTE ein Buch zum Umgang mit der Diagnose Krebs zu besprechen. Doch zum einen ist die Architektin und Genossenschafterin Sabine Conti keine gewöhnliche Autorin, sondern sie hat ihre Erlebnisse sowohl in zahlreichen Zeichnungen als auch in begleitenden Kurztexten festgehalten. Und zum anderen bleibt sie nicht nur beim persönlichen Leiden, Hoffen und Bangen stehen, sondern wird aktiv, findet Gleichgesinnte und gewinnt ihre Handlungsfähigkeit und ihr Selbstbewusstsein wieder zurück. Doch der Reihe nach: Wenige Tage nach einem Urlaub mit anspruchsvollem Segeltörn im rauen Südpolarmeer wird die Autorin durch die Diagnose Brustkrebs unvermittelt in einen Zustand der Schockstarre katapultiert. Mitten im ersten Corona-Lockdown folgen weitere unangenehme ärztliche Befunde und die Reise in eine neue, unbekannte und anfangs sehr bedrohliche Welt beginnt: Chemotherapie und langes Warten in Krankenzimmern wechseln sich ab mit düsteren Tagen zu Hause und erfrischenden Waldspaziergängen mit dem Hund. Auf unsäglichen Papierkram folgen erhellende Internet-Recherchen in Sachen Medizintechnik.

Bald gewinnt die Autorin ihre Handlungsfähigkeit zurück und schneidet sich selbst die langen Haare ab. Sie wolle die Oberhand über die Entscheidungen in ihrem Körper behalten, um stark zu werden. Denn bevor das Chemotherapiemittel »mir die Haare klaut, erledige ich das selbst«.

In insgesamt 17 chronologischen Abschnitten hält Conti ihre Beobachtungen in Wartezimmern und Behandlungsräumen genauso fest wie das Auf und Ab ihrer »brodelnden« Gefühlswelten. Mal zeichnet sie die stumm blickenden Augen ihrer Maske tragenden Mitpatientinnen, mal beschreibt sie in schonungsloser Direktheit vom Tod als schwarzes Wesen, das auf ihrer Schulter sitzt und »mit mir durch die Tage wippt«.

Im Verlauf ihrer Behandlungszeit sei sie dank Gesprächen mit Freund*innen langsam aus ihrem »Angstloch« herausgekommen und habe die Krankheit als »neuen Fisch in mir« akzeptiert. Ein Arzt ist begeistert von ihren Zeichnungen im Paperbook und ermuntert sie, mit den Motiven eine Ausstellung zu gestalten. Die Autorin gründet mit einigen Unterstützer*innen den Verein »Schreckgespenster und Lebensgeister«, um traumatische Erlebnisse und Themen mittels kreativer Bearbeitung ans Licht zu holen.

Das handliche und reich illustrierte Buch ist ein gelungener Startschuss dafür. Im wahrsten Sinne anschaulich hält die Autorin den Schrecken der Krankenhausroutine genauso fest wie den augenzwinkernden Eindruck eines MRT-Termins als »Vorbereitung zum Marsanflug«. Dass sie nach all den Erlebnissen ihre Aktivität und damit auch ihren Stolz und ihre Würde zurückgewinnt, ist packend und mit kräftiger Sprache – sowohl in Text und Bild – erzählt. Die Lebensgeister segeln weiter.

Peter Streiff

Sabine Conti: *Der neue Fisch in mir; Krebs - und ein anderes Leben beginnt*; AG SPAK Bücher Neu-Ulm 2022, 106 Seiten, viele Abbildungen, 14 Euro

STRATEGIEN FÜR TRANSFORMATION



Wer die Welt auf den Kopf stellen will, verliert schon mal den Überblick. Kein Wunder, eine radikale Transformation zielt schließlich auf eine umfassende Veränderung unserer Lebensweise ab – ein großes und unübersichtliches Vorhaben. Mit »Die Welt auf den Kopf stellen« möchte das I.L.A. Kollektiv Menschen in sozialen Bewegungen dabei unterstützen, ihren Platz in Transformationsprozessen zu finden und von dort aus strategisch zu handeln.

Das Handbuch ist klar strukturiert: Die fünf Kapitel beginnen jeweils mit einer theoretischen Annäherung an das jeweilige Thema, zum Beispiel »Solidarische Gegen-Hegemonie aufbauen« oder »Transformation durch Eskalation?«. Danach folgen verschiedene strategische Bausteine, die im Zusammenhang mit dieser Theorie bearbeitet werden können. Zu jedem dieser Bausteine bieten die Autor*innen passende Übungen an, die sie entweder selbst erarbeitet oder anderen Quellen entnommen haben.

Eine Landkarte bildet die Inhalte des Buches ab, sodass Lesende sich orientieren und verorten können: Welches Thema beschäftigt mich im Moment? Welche Fragen stellen wir uns als Gruppe? Welche blinden Flecken haben wir in unserer politischen Arbeit? Das Handbuch muss also nicht von vorne bis hinten durchgelesen werden.

Die Themenauswahl überzeugt und greift viele wichtige Aspekte von radikaler Transformation auf, so etwa die Bedeutung einer intersektionalen Perspektive, die Widersprüche von Aktivismus und Realpolitik, das Verhältnis zum Staat oder der Umgang mit kollektiven Traumata. Die Autor*innen stellen klar, dass das Handbuch kein Masterplan sein kann und soll, sondern vielmehr ein Beitrag zu Transformationsstrategien sozialer Bewegungen im deutschsprachigen Raum. Beim Schreiben war das Kollektiv selbst mit der Herausforderung konfrontiert, Transformation als offenen Prozess zu betrachten und dabei entstehende Widersprüche auszuhalten.

Das I.L.A.-Kollektiv knüpft mit dieser neuen Publikation an zwei vorangegangene Bücher an: In »Auf Kosten anderer« wird das Konzept der imperialen Lebensweise vorgestellt, während »Das Gute Leben für alle« (siehe auch CONTRASTE-Schwerpunkt Nr. 452, April 2022) solidarische Alternativen aufzeigt, die schon heute an vielen Orten gelebt werden. Die Frage, wie der Weg von einem zum anderen aussehen könnte, versucht nun dieses Handbuch zu beantworten. Die theoretischen und praktischen Bausteine bieten eine Menge Potenzial, um in politischen Gruppen, Bündnissen oder auch als engagierte Einzelperson die eigene Arbeit zu reflektieren. Gleichzeitig ist und bleibt es eine Herausforderung, sich im Angesicht der zahlreichen Krisen immer wieder die Zeit dafür zu nehmen. Doch es lohnt sich.

Regine Beyß

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.): *Die Welt auf den Kopf stellen - Strategien für radikale Transformation*. Oekom Verlag, München 2022, 127 Seiten, 22 Euro

Link: ilakollektiv.org

DER VERGESELLSCHAFTETE KÖRPER



Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie unternimmt das Buch den Versuch, philosophische Denktraditionen unter dem Blickwinkel der »unterschiedlichen Arten von Beziehungen zwischen Fürsorge und Selbstsorge« zu erkunden, um den heutigen Zustand dieses Beziehungsverhältnisses besser zu verstehen. Die Sorge gilt dabei nicht nur dem physischen, sondern auch dem symbolischen Körper. Darunter versteht Groys Artefakte wie Fotos, Dokumente, eine Versicherungskarte oder die Datenspuren im Internet. Das Selbst entsteht aus der Kombination des physischen und symbolischen Körpers, ist jedoch einem Spannungsverhältnis ausgesetzt – was dem physischen Körper gut tut, kann schlecht für den symbolischen sein – und umgekehrt.

Der Autor bezieht sich auf Foucaults Konzept der Biopolitik, das besagt, dass im Zentrum des Regierungshandelns die Sorge um die Körper der Bevölkerung steht. Er kommt nach einem Parforceritt durch die Philosophiegeschichte zu dem Schluss, dass das ultimative Ziel der aktuellen Biopolitik die Unsterblichkeit des Menschen sei. Darauf richten sich sowohl die Fürsorge als auch die Selbstsorge. Es komme dabei zu einer »Vergesellschaftung und Politisierung des eigenen Körpers«. Die Aufforderung an das Subjekt laute, den eigenen Körper zu optimieren, was narzisstische Individuen hervorbringe. Von Seiten der Regierungen gehe es um die Überwachung aller Lebensfunktionen der Bevölkerung mit Hilfe digitaler Technologien. Der einzige Ausweg aus diesem Zwangsverhältnis liege in der Rückkehr zur menschlichen Sterblichkeit. In den beiden angeführten Beispielen bedeutet das entweder den Selbstmord oder die Opferung des eigenen Lebens zur Rettung eines anderen.

Sorgearbeit wird in dem Buch durchgehend instrumentell gedacht, sie dient immer höheren Zwecken, sei es um verantwortungsvolle Mitglieder der Gesellschaft hervorzubringen, Erfolg im Beruf zu haben oder eben gesund und lange zu leben. Vor diesem Hintergrund werden Sorgearbeiten stets als »zutiefst frustrierend« angesehen. Der Autor bleibt mit seiner Argumentation immer innerhalb des dualen Denksystems, in dem ein defizitärer Körper die volle Entfaltung des Menschen verhindert. Während die von ihm kritisierte Biopolitik die technische Verbesserung des Körpers zum Ziel hat, wählt Groys als Ausweg seine Vernichtung, was die Leserin eher ratlos zurücklässt. Zwar ist die Argumentation in sich schlüssig, die Auswahl der philosophischen Theorien, aus denen sie entwickelt wird, erscheint jedoch eher willkürlich.

Feministische Philosophinnen wie Joan Tronto oder Ina Praetorius sehen den Ausweg aus den biopolitischen Zwängen gerade in der Aufhebung der Dichotomien und in der Demokratisierung von Sorge, die dadurch emanzipatorisches Potenzial entfaltet, das zur Überwindung von Herrschaftsverhältnissen beitragen könnte.

Brigitte Kratzwald

Boris Groys: *Philosophie der Sorge*; claudius Verlag, München 2022, 144 Seiten, 20 Euro

WISSEN VISUALISIEREN



In den letzten Jahren erleben Karten und Grafiken mit emanzipatorischer und herrschaftskritischer Absicht ein bemerkenswertes Revival. Ein Beispiel sind die verschiedenen Themenausgaben von »Atlas der ...«, die unterschiedliche NGOs und politische Stiftungen regelmäßig produzieren. Der Wiener Ökonom und Philosoph Otto Neurath (1882-1945) gilt als Erfinder der Bildstatistik, die heute wohl Infografik genannt werden würde. Gemeinsam mit Gerd Arntz (1900-1988), Marie Reidemeister (1898-1986), Wissenschaftler*innen und Grafiker*innen entwickelte er im sozialdemokratischen »Roten Wien« zum Beispiel ein von 1925 bis 1934 existierendes Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, in dem soziale und wirtschaftliche Daten übersichtlich zur Diskussion aufbereitet wurden. Verständliche Grafiken sollten einen Beitrag zur Demokratisierung des Wissens und damit zur Herausbildung mündiger Bürger*innen sein.

Die zwölf Beiträge dieses Bandes beruhen auf einem Symposium des heutigen, nach dem Ende des Nationalsozialismus wiedergegründeten Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums. Sie diskutieren die wechselvolle Geschichte des Museums von seiner Gründung bis heute, erläutern die Prinzipien der Grafiken und der innovativen Museumsarbeit, rekonstruieren die Fortführung der Bildstatistiken als International System of Typographic Picture Education (Isotype) in Holland, wohin das Team um Neurath 1934 fliehen muss. Im Dezember 1941 heirateten Reidemeister und Neurath in Oxford. Marie Neurath führte nach Neuraths Tod das gemeinsam begonnene Werk bis 1971 fort, ja, sie internationalisierte es. Gerhard Halusa berichtet in seinem Beitrag über die Geschichte des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums bzw. dessen Nachfolgeinstitution nach 1934. Neurath bzw. der von seiner Gruppe propagierte interdisziplinäre Ansatz wiederum war selbst im sozialdemokratischen Wien lange vergessen. Er wurde erst, das erzählt Friedrich Stadler, anfangs der 1980er-Jahre im Zuge der Vorbereitung für eine Ausstellung zu »Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit« 1982 wiederentdeckt.

Es zeigt, dass auch heute Wissen, insbesondere interdisziplinäres Wissen, eine wichtige Voraussetzung für Partizipation ist. Sein Gegenstand ist nicht nur ein Thema für die Design- oder Kunstgeschichte, sondern war und ist von eminenter politischer Bedeutung.

Bernd Hüttner

Gernot Waldner (Hg.): *Die Konturen der Welt. Geschichte und Gegenwart visueller Bildung nach Otto Neurath*; mandelbaum Verlag, Wien 2021, 336 Seiten, 25 Euro

Autor*innen gesucht

Wir suchen Menschen, die Lust haben für CONTRASTE Bücher zu rezensieren! Alles rund um Selbstorganisation ist interessant, es dürfen natürlich auch Romane & Krimis sein.

Meldet euch gerne bei uns: koordination@contraste.org

Der nonkonformistische Intellektuelle: Gesellschaftstheorie und sozialistische Strategie (Prokla). Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 52. Jg., Nr. 2, Juni 2022, Verlag Bertz + Fischer, Berlin, 180 Seiten, 15 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

GEMEINSCHAFT

Wir können auch anders!

15. bis 17. Dezember
(Niederkaufungen)

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene Lebensgestaltung suchen und Lust haben, die Kommune Niederkaufungen kennen zu lernen und sich mit alternativen Lebensformen auseinander zu setzen. Zwei Führungen über das Gelände machen Theorie und Praxis anschaulicher. Das Wochenende wird von Kommund*innen durchgeführt. Der Termin ist als Präsenz-Seminar geplant, allerdings ist dies abhängig von den gesetzlichen Bestimmungen, die zu diesem Zeitpunkt gelten werden.

Ort: Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
Info: <http://bit.ly/3TFk03A>

AUSSTELLUNG

Unser Griff nach den Rohstoffen der Welt

10. Januar, 21 Uhr (St. Pölten)

Die Ausstellung thematisiert die Folgen unseres Lebensstils auf Mensch und Umwelt in den Herkunftsländern »unserer Rohstoffe« und bringt Fakten und Augenzeug*innenberichte aus dem Kongo, Peru, Ecuador, Nigeria und der Arktis, über die Kehrseiten unseres Konsums. Im Fokus stehen die für Kommunikationsmittel und Energie wichtigen Rohstoffe Gold, Coltan und Erdöl. Die Ausstellung ist bis 12. Februar 2023 zu sehen und kann auch von Gruppen und Schulklassen besucht werden.

Ort: Bildungshaus St. Hippolyt,
Eybnerstrasse 5,
A 3100 St. Pölten
Info: <http://bit.ly/3OcXcgF>

TECHNIK

für internetgestützte Seminare

11. Januar, 18 bis 20 Uhr
(Online)

In dem zweistündigen Seminar erfahren die Teilnehmer*innen, was an jeweiliger Technik nötig ist, um ein internetgestütztes Kursformat entspannt durchführen zu können. Zusätzlich zur Grundausstattung gibt es noch viele Extras und Erweiterungsmöglichkeiten, die das Online-Lehren erleichtern können. (Kosten: 27 Euro)

Anmeldung unter:
info@repackthebag.com
Info: <https://repackthebag.com>

KONFERENZ

Biomassennutzung

18. bis 20. Januar (Graz)

Als Impulsgeber für die Bioenergiebranche bietet die mitteleuropäische Biomassekonferenz einen Überblick über die politischen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen auf dem Gebiet der energetischen Biomassennutzung. Die Konferenz wurde ins Leben gerufen, um die energetische Biomassennutzung mit all ihren gesellschaftlichen Vorteilen – von Umweltschutz über Versorgungssicherheit bis zur regionalen Wertschöpfung – voranzubringen.

Ort: Messeplatz 1,
8010 Graz
Info: <http://bit.ly/3EdL0MS>

DISKUSSION/VORTRAG

Aufrüsten für die Sicherheit?

18. Januar, 18 bis 20 Uhr (Berlin)

Die russischen Antikriegs-Demonstrant*innen trotzten polizeilicher Repressionen und riskieren dafür zum Teil Gefängnisstrafen. Wozu die Polizeiapparate befähigt und wie sie ausgerüstet werden, steht auch in Deutschland, Frankreich, den USA und anderen Ländern seit Jahren im Zeichen der Militarisierung. Wir wollen die Kriegstechnologien und ihren Einsatz in Spezialeinheiten und im alltäglichen Polizeibetrieb kritisch betrachten. Welche Einheiten der Polizei werden bewaffnet, welche Befugnisse hat die Polizei durch neue Gesetze und auf welche Weise verhält sie sich zunehmend als politischer Akteur? Der Abolitionismus wirkt dabei als Bewegung gegen die Aufrüstung zur Sicherheit und stellt zur Frage, wer von einer militarisierten Polizei geschützt oder stattdessen gefährdet wird.

Ort: RLS,
Straße der Pariser Kommune 8A,
10243 Berlin
Info: <https://bit.ly/3TLY4Ke>

PODIUMSDISKUSSION

Solidarische Unterbringung geflüchteter Menschen

15. Februar 2023, 18 bis 20 Uhr
(Berlin)

Wie schon 2015 kommen Kommunen bei der Suche nach Räumlichkeiten auch jetzt wieder an ihre Grenzen. So wird die Unterbringung geflüchteter Menschen zum Teil und auch noch Jahre nach deren Ankunft in Deutschland in zentralen Einrichtungen und den sogenannten Ankerzentren organisiert. Die Ein-

richtungen werden bewacht, die dort lebenden Menschen nicht selten von Sicherheitspersonal und Polizei kriminalisiert. Mit dem Ankommen in Deutschland werden geflüchtete Menschen schlagartig zu Objekten der Verwaltung und Kontrolle. Welche alternativen und dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten von Migrations- und Geflüchtetenräten, Forschenden und Aktivist*innen gefordert werden und wie diese sich realisieren lassen, soll auf dem Podium diskutiert werden.

Ort: RLS,
Straße der Pariser Kommune 8A,
10243 Berlin
Info: <https://bit.ly/3Gi6RAL>

WORKSHOP

Männlichkeiten in linken Kontexten

14. bis 17. März 2023 (Berlin)

Nach wie vor werden linke Gruppen und Organisationen von männlichen Konkurrenz- und Machtdynamiken dominiert. FLINTA* und Menschen of Colour haben sich in den letzten Jahren zwar mehr Sichtbarkeit erkämpft, doch öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung wird weiterhin meist cis-männlichen weißen Personen zuteil. In dem Workshop möchten wir mit allen Teilnehmenden einen Raum schaffen, in dem persönliche Erfahrungen geteilt, männliche Handlungsmuster in Gruppen, Initiativen und Organisationen hinterfragt und differente gesellschaftliche Positionierungen in Bezug auf Männlichkeiten reflektiert werden können.

Ort: Heinrich-Böll-Stiftung,
Schumannstr. 8,
10117 Berlin
Info: <http://bit.ly/3THXPQM>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumppe
ulrike.kumppe@contraste.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
regine.beys@contraste.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
kontakt@finkenburg.info

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org

ANZEIGEN

Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN

Den dritten Welt Krieg stoppen
Jetzt!
XXVIII. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ
SONNABEND, 14.1.2023
MERCURE-HOTEL MOA BERLIN, STEPHANSTR. 41
DIE TAGESZEITUNG **junge Welt**
Die Rosa-Luxemburg-Konferenz wird von mehr als 30 Organisationen unterstützt.

Infos und Livestream: jungewelt.de/rk

graswurzel revolution

Probeheft kostenlos: graswurzel.net/service

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 11/22 u.a.:

- Robert Sadowsky: »Konfrontation oder Kollaboration?« – Tarifaueinwanderung Metall- und Elektroindustrie 2022
- Lithurgos Ipar: »Auf die Gewerkschaft bauen?« – Über den Gewerkschaftstag der IG BAU
- »Demokratischer streiken und verhandeln« – Dokumentiert: Antrag zur Revitalisierung der Flächen-tarifaueinwanderungen TVöD und TV-L
- Stefan Krull: »Gewerkschaftliche Perspektiven, wissenschaftliche Expertisen« – Zur sozial-ökologischen Transformation
- Jörg Nowak: »Rückkehr zum »normalen Kapitalismus« oder anhaltender Aufstand der Rechten?« – Zu den Präsidentschaftswahlen in Brasilien
- Karsten Weber: »Homepage: die globale Gig-Ökonomie« – Das Entstehen grenzüberschreitender Solidarität unter Riders

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialtats zu dulden.
Carl von Ossietzky in Die Weltbühne, 17. Dezember 1929
www.ossietzky.net

Herausgeber
Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Redaktion
Dr. Rüdiger Dammann

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 65,-
(Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 35,-
Jahresförderabo € 110,-

Bestellungen an
Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
ossietzky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contraste.org

Gemeinsam wohnen in Witzenhausen
Generationsübergreifendes Wohnprojekt nach Mietshäusersyndikatsmodell. Wir nehmen Fahrt auf und suchen noch Interessierte, die mit uns zusammen das Projekt gestalten, mit uns zusammen wohnen oder uns auch mit Direktkrediten unterstützen möchten.
[Link: https://wohnwiz.de/ueber-uns](https://wohnwiz.de/ueber-uns)

JVA-Sangha
Inhaftierte, Gefangene, Untergebrachte – Haben Sie Interesse an buddhistischen Büchern, Zeitschriften sowie an Kontakt und Austausch? Das Selbsthilfeprojekt »JVA-Sangha« bietet Zugang zu buddhistischen Büchern, Zeitschriften und Kalendern sowie Unterstützung beim Studium der buddhistischen Lehre.
Kontakt: info@dbu-brg.org (Stichwort: »JVA Sangha«)